

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.— Goldmark vorans zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 4. Juli 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskontogesellschaft, Postfach 100 100

Die Länder für die Reichspolitik.

Mecklenburg-Schwerin gegen alle.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung beriet am Donnerstag in eingehenden Erörterungen mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung des Sachverständigengutachtens. Mit Ausnahme des Vertreters von Mecklenburg-Schwerin erkannten alle Chefs der Länderregierungen trotz schwerwiegender Bedenken gegen manche in dem Gutachten enthaltenen Forderungen erneut das Vorgehen der Reichsregierung, die baldige Durchführung des Gutachtens zu erreichen, als richtig an.

Außer dem bayerischen Ministerpräsidenten Held, an dessen Kabinett die Deutschnationalen beteiligt sind, und der thüringischen Regierung, die ebenfalls deutschnational beeinflusst wird, hat jetzt also auch der deutschnationalen Staatspräsident von Württemberg, Bazille, die Durchführung des Sachverständigengutachtens als notwendig anerkannt. Als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter hat Bazille immer entgegengekehrt gehandelt. Es zeigt sich also wieder einmal, daß die Deutschnationalen außerhalb der Regierung gehässige Agitationspolitik treiben, aber als Regierungspartei keine anderen politischen Richtlinien verfolgen können, als sie von der Sozialdemokratie seit Jahren empfohlen wurden. In der letzten Besprechung der Ministerpräsidenten hat übrigens auch Herr v. Brandenstein, der Chef der Regierung in Mecklenburg-Schwerin, der Politik des Reichskabinetts zugestimmt. Wenn er jetzt diese Zustimmung revidiert, dann lediglich unter dem Druck der Börsichen, die ihn seines

Postens entheben würden, wenn er anders gehandelt hätte, als er es tat. So erweckt seine Stellungnahme zur Reichspolitik den Eindruck der Futtertruppenpolitik.

Sozialdemokratie und Ruhrflüchtlinge.

Von allen bürgerlichen Parteien ist im Landtag eine große Anfrage im Interesse der Ruhrvertriebenen eingebracht worden. Mit der Tendenz und dem Inhalt der Anfrage ist die sozialdemokratische Fraktion einverstanden. Sie hat aber keine Garantien dafür, daß in einer Debatte über die Anfrage eine Stellungnahme gegen die Deutschnationalen vermieden werden kann. Aus diesem Grunde hat die Fraktion die Anfrage nicht gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien unterzeichnet. Sie konnte diesen Standpunkt um so unbedenklicher einnehmen, als im Reichstag die Einsetzung des Ausschusses für die besetzten Gebiete auf sozialdemokratischem Antrag hin erfolgte und die Arbeiten dieses Ausschusses unter tätiger Anteilnahme der sozialdemokratischen Ausschuhmitglieder erledigt wurden.

Die Generalinspektion.

Entente-Antwort in Aussicht.

Paris, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorkonferenz, die sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit der Antwort der deutschen Regierung beschäftigte, hat nach dem amtlichen Communiqué Kenntnis genommen von dem dazu erstatteten Gutachten des Interalliierten Militärkomitees in Versailles. Die Mitglieder der Konferenz haben sich sodann vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Regierungen über die Grundlinien der Antwort an die deutsche Regierung geeinigt. Soweit die amtliche Mitteilung.

nicht eintreten zu wollen. In London werde eifrig an der sachlichen Vorbereitung der Konferenz gearbeitet. Die zur Teilnahme an den Beratungen berufenen Mächte würden, abgesehen von den Vereinigten Staaten, diejenigen sein, die Anspruch auf einen Anteil an der deutschen Entschädigung gemäß dem Verteilungsschlüssel von Spa hätten. In englischen politischen Kreisen erwartete man, daß die Konferenz nur eine Woche dauern und daß die deutsche Regierung zugezogen werde.

Amnestie und Wahlreform in Frankreich.

Paris, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Kammerauschuß für das Amnestiegesetz hat heute über die Frage der Wiedereinstellung der 1920 wegen Beteiligung am Generalstreik entlassenen Eisenbahner beraten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte, daß die Regierung die Absicht habe, so schnell wie möglich das geschehene Unrecht wieder gutzumachen und auf die Eisenbahngesellschaften in diesem Sinne einzuwirken. Die Kommission hat beschlossen, der Kammer die Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung aller unter dem Regime des Nationalen Blocks wegen ihrer politischen Betätigung aus dem Dienst entlassenen Beamten vorzulegen.

Der Senat hat eine 24gliedrige Kommission eingesetzt zur Beratung der ihm von der Kammer überwiesenen zwei Gesetzesentwürfe, von denen der eine die Wiedereinführung der Arrondissement-Wahlen, der andere die Einführung des sechs-jährigen Mandats für die Abgeordneten und die zweijährige Erneuerung zu je einem Drittel vorseht.

Kein Kanaltunnel.

London, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerrat beschloß, sich dem Gutachten des Reichsverteidigungsausschusses anzuschließen, der sich aus strategischen Gründen gegen den Tunnelbau ausgesprochen hat. In der Öffentlichkeit wird allgemein bedauert, daß die Arbeiterregierung den kulturell und verkehrstechnisch für England überaus wichtigen Tunnelplan, dessen Ausführung 25000 Arbeitern Beschäftigung geboten hätte, fallen gelassen hat. Gegenüber dem strategischen Bedenken wird hervorgehoben, daß militärische Sachverständige, die dem Reichsverteidigungsausschuß nicht angehören, diese Bedenken als durch die Entwicklung der Luftfahrt überholt bezeichnen.

Macdonald und die Völkerbundliga.

London, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In England hat es einiges Aufsehen erregt, daß Macdonald die ihm angetragene Ehrenpräsidentenschaft der britischen Völkerbundliga abgelehnt hat. Macdonald hat gleichzeitig gebeten, ihm künftig die Druckschriften der Völkerbundoereinigung nicht mehr zuzusenden. Diese Haltung ist nicht etwa eine Verleugnung der idealen Ziele der Völkerbundoereinigung, sondern die Antwort auf die Haltung der britischen Völkerbundliga, die unter Führung ihres Präsidenten, Lord Cecil, die Arbeiterpartei von der Vertretung in ihrem Exekutivauschuß ausgeschlossen hat.

Die Bombentwürfe auf Mesopotamien.

London, 3. Juli. (WTB.) Der Unterstaatssekretär für Luftfahrwesen verteidigte im Unterhaus die Bombenabwürfe in Mesopotamien, indem er sagte, die feindlichen Stämme hätten kürzlich 146 Männer und 127 Frauen und Kinder getötet. Bei einem einzigen Einfall auf mesopotamischen Gebiet hätten diese Stämme alle gefangengenommenen Männer und Knaben niedergemetzelt.

Die neue Schuldflüge.

Landbündler und Agrarkrise.

Um die Schutzölle unter Dach zu bringen, entfaltet der Landbund eine außerordentlich lebhaft propagandistische, deren Ziel es ist, die Notlage der Landwirtschaft recht eindringlich zu schildern und die Schuld an der gegenwärtigen Agrarkrise auf die früher verfolgte Wirtschaftspolitik abzuschieben. Daß die Landbündler dabei in zahlreichen Fällen die Notlage einzelner Landwirte weit übertrieben darstellen, mußte bei wiederholten Anlässen festgenagelt werden. Tatsache ist jedenfalls, daß viele „Deutsche Lagen“ rechtsradikaler Organisationen aus denselben Quellen gespeist werden, die auf einmal versiegen, wenn der Staat seine Steueransprüche anmeldet oder wenn es gilt, sich für die Befreiung des Ruhrgebietes durch eine vernünftige Außenpolitik einzusetzen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß der Fürst v. Bismarck, der Entel des früheren Reichskanzlers, als Mitglied des Reichslandbundes gegen das Dames-Gutachten mit aller Eindeutigkeit Stellung nimmt, nicht etwa deswegen, weil er einen anderen Weg zur Befreiung des Ruhrgebietes ausgeben könnte, sondern, weil er eine Belastung der Landwirtschaft von dem Sachverständigenberichte sozusagen „hintenherum“ befürchtet, nachdem die Sachverständigen die deutsche Landwirtschaft ausdrücklich von Reparationssteuern freigestellt haben! Beweis für diese Art der Kritik, daß das Vorgehen des Landbundes schon so zersetzend gewirkt hat, daß man die Gefahr für den eigenen Geldbeutel auch auf ferne Zukunft hinaus schon viel früher erkennt und viel höher einschätzt als die gegenwärtige Gefahr für die Reichseinheit, die aus dem Verfall der Wirtschaft an Rhein und Ruhr droht?

Noch wesentlich tiefer ist das Niveau, auf das der Vorkommende des Reichslandbundes Cottbus, v. Rahmer, steigen muß, um mit aller wünschenswerten Deutlichkeit einen von den Agrariern ausgehenden Putsch in Aussicht zu stellen. Schreift doch Herr v. Rahmer als Quintessenz seiner Ausführungen in der „Deutschen Tageszeitung“:

Wenn die dem Herrn Reichskanzler gegenüber zum Ausdruck gebrachten Forderungen des Reichslandbundespräsidenten bis zum Herbst nicht erfüllt werden, dann werden wir eine Entwicklung erleben, welche den Zusammenbruch des Nährstandes bedeutet; und das muß zur Verzweiflung führen, die schließlich den Bauern zu Verzweiflungstaten treiben wird!

Unter den Mitgliedern des Reichslandbundes sieht es nicht anders aus! Mögen die Verantwortlichen sich noch rechtzeitig warnen lassen, ehe sie das deutsche Landvolk zur Verzweiflung treiben!

In ihrer erpresserischen Tonart sind diese Forderungen freilich nicht neu. Der Landbund hat sie in fast gleicher Form der Reichsregierung vorgebracht. Interessant aber ist die Begründung, die bisher der Landbündler seinen Drohungen vorausschickt. Er geht davon aus, daß die Inlandspreise unter den Weltmarktpreisen stehen und führt das zurück auf die Verkäufe der Reichsgetreidestelle, die im Herbst v. J. vor der Gefahr einer durch die Inflation und den Lieferstreik drohenden Ernährungskrise sich mit Getreide eingedeckt, dieses teils in verdorbenem Zustand wieder auf den Markt geworfen und die deutschen Getreidepreise gedrückt hat. Wir haben keine Veranlassung, die Reichsgetreidestelle wegen dieser Verkäufe in Schutz zu nehmen. Vor allem besteht keine Möglichkeit, nachzuprüfen, inwieweit vielleicht ihre Operationen überstürzt erfolgt sind. Eine solche Nachprüfung müßte Angelegenheit eines unparteiischen parlamentarischen Ausschusses sein. In keinem Falle aber erscheint uns die einseitige Kritik der Landbündler an dem Verhalten der Reichsgetreidestelle berechtigt. Mit welchen Uebertreibungen auch da wieder vorgegangen wird, beweist folgender Umstand: Herr v. Rahmer stellt es in seinem Artikel dahin, ob die Reichsgetreidestelle ihre Reserven in der Absicht, die Landwirtschaft zu ruinieren, aufgestapelt habe. Sehe man von dieser Möglichkeit ab, so bleibe nur Unfähigkeit. Wie lagen in Wirklichkeit die Dinge?

Im Herbst v. J. trachtete mit dem Zusammenbruch der Währung die deutsche Wirtschaft in allen Zügen. Verbraucher und Handel waren auf die Papiermark angewiesen. Die Landwirte aber erklärten, gegen Papiermark ihr wertbeständiges Getreide nicht liefern zu können und verlangten dafür Devisen oder wertbeständiges Geld. Die Möglichkeit einer Stabilisierung der Währung lag noch in weiter Ferne. Sollte damals die Regierung es darauf ankommen lassen, daß diese durch die Einführung der freien Getreidewirtschaft begünstigten Zustände zu schweren Lebensmittelkrawallen und zur Bolschewisierung Deutschlands führten? Die Vorgänge am 9. November in München und die unverhohlene Sympathie, mit der die norddeutschen Agrarier sie aufgenommen haben, lassen allerdings den Schluß zu, daß man eine derartige Entwicklung gern gewünscht hätte, wie man noch heute am liebsten Kommunistenkrawalle herbeiseht, um auf diese Weise das Bürgertum zu einer Offensive gegen die gesamte sozialistische Arbeiterklasse und für die Beseitigung der Republik aufzutreiben zu können. Eine verantwortliche Regierung konnte in Vor-

Das Londoner Konferenzprogramm.

Die französische Regierung dementiert das „Echo de Paris“

Paris, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ein amtliches Dementi des Außenministeriums bezeichnet die Veröffentlichung des „Echo de Paris“ vom Donnerstag über die Londoner Konferenz als verfrüht und tendenziös. Das Blatt hatte u. a. behauptet, daß in dem Einladungsschreiben ausdrücklich darauf hingewiesen sei, daß die Bestimmungen des Sachverständigenprogramms zu einem Teil über die Versailler Verpflichtungen Deutschlands hinausgehen und deshalb die Unterschrift der deutschen Regierung unter das Schlussprotokoll der Londoner Konferenz notwendig sei. Dieses Protokoll soll aber nach der gleichen Quelle u. a. auch die Bestimmung enthalten, daß Deutschland innerhalb einer von der Konferenz zu bestimmenden Frist die zur Durchführung des Sachverständigenplanes notwendigen Maßnahmen zu treffen habe und spätestens drei bis vier Wochen danach die Zwangsmassnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Natur aufgehoben werden müssen. Auf diese Mitteilung scheint sich der Ausdruck „verfrüht“ des amtlichen Dementis zu beziehen. Der Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung scheint der weiteren Information zu gelten, daß die Feststellung eventueller deutscher Verletzungen zum Zwecke neuer Sanktionen der Reparationskommission entzogen und einem neu zu schaffenden internationalen Organ vorbehalten bleiben soll. Hier handelt es sich ganz offenbar um eine Frage, bei der man in Frankreich um so weniger zu Konzessionen bereit zu sein scheint, als die französische Präsidialstimme im Zusammenhang mit der unbedingten Gefolgschaft Belgiens Frankreich in der Reparationskommission einen ausschlaggebenden Einfluß sichert. Der „Temps“ macht jedoch darauf aufmerksam, daß die Frage wenigstens für die Eisenbahnen und für die in den Dienst der Reparationen zu stellenden Budgeteinnahmen bereits im Gutachten der Sachverständigen selbst geregelt ist. In der Tat steht des Dames-Gutachten für den Fall, daß die Einnahmen aus den Eisenbahnen sich als unzureichend erweisen sollten, um die Zinsen und den Tilgungsdienst der Obligationen sicherzustellen, die Ausdehnung der Kontrollbefugnisse des internationalen Kommissars vor, und es bestimmt in Artikel X des Anhangs IV ausdrücklich, daß Streitfragen irgendwelcher Art dem Schiedsgericht eines vom Präsidenten des Haager Schiedsgerichtshofs zu ernennenden neutralen Schiedsgerichts unterbreitet werden sollen. Ähnlich ist für die Budgeteinnahmen im Falle ihrer Unzulänglichkeit eine Erweiterung der Kontrollbefugnisse des internationalen Treuhänders vorgesehen, während Einzelheiten in einem Protokoll festzulegen werden sollen, das auf Grund internationaler Verhandlungen festgelegt wird. Die Reparationskommission, so folgert daraus der „Temps“, sei demgemäß erst dann zuständig, wenn es sich darum handele, daß Deutschland gegen das Gutachten selbst verstoße, d. h. wenn es sich weigere, einen ergangenen Schiedspruch anzuerkennen oder den Bestimmungen des Protokolls nachzukommen.

Keine Verschärfung der Londontkonferenz.

Paris, 3. Juli. (WTB.) Havas bestätigt die Angaben des Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris“ über die von der englischen Regierung bei den Einladungen zur Londoner Konferenz beobachteten Gesichtspunkte. Die Agentur fügt hinzu, gestern sei das Gerücht verbreitet worden, daß die Londoner Reparationskonferenz wahrscheinlich einen Aufschub erfahren werde. Dieser Fall scheint

ausficht derartiger ernährungswirtschaftlicher und politischer Gefahren sich nicht auf die Bärenhaut legen und abwarten, wie weit die durch Nahrungsnot und Hungereleid zermürbte Geduld der breiten Massen reichen würde. Infolgedessen war die Luftspeicherung großer Getreidereserven eine Notwendigkeit. Und es war auch notwendig, diese Reserven abzustufen, als sie im neuen Wirtschaftsjahr zu verderben drohten.

Die Wirkung der Verkäufe der Reichsgetreidestelle wird freilich auch vielfach überschätzt. Die Krise der Landwirtschaft datiert nicht nur daher, daß die Verkäufe zu einer Zeit erfolgten, wo die Kapitalkraft der Landwirtschaft durch die gleichzeitig wirksam werdenden Steuern stark in Anspruch genommen war; viel schärfer wirkte auf den allgemeinen Markt die Tatsache, daß die Kaufkraft der breiten Massen außerordentlich geschwächt war und noch ist und daß heute noch hunderttausende, wenn nicht Millionen von Deutschen auf eine richtige Ernährung verzichten müssen. Die Inflationswirtschaft und ihre Liquidation durch die stabile Währung hat den gesamten Warenmarkt, nicht nur den für Agrarprodukte erschütterte. Im die Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher aber haben sich die Landbündler nie gelorgt, obwohl diese eine, vielleicht sogar die Vorbedingung für einen besseren Preisstand der Agrarprodukte ist. Lügenhaft jedenfalls ist es, wenn man heute die Reservenbildung an Brotgetreide als einen Mißgriff aus Unfähigkeit oder gar als einen beabsichtigten Streich gegen die Landwirtschaft hinzustellen sucht. Nach der Aufhebung der Umlage war die Getreidereserve notwendig und kein anderer als Graf Westarp hat diese Notwendigkeit vor aller Öffentlichkeit und mit hinreichendem Nachdruck begründet, als er darauf hinwies, daß ohne eine stabile Währung das Volk bei vollen Scheuern zu verhungern drohe.

Ein zweites Moment, das die Agrarkrise noch wesentlich verschärft, ist die enorme Spanne zwischen den durch eine künstliche, bereits im Schwinden begriffene Ungunst der Marktlage niedrig gehaltenen Preisen für Agrarprodukte und denjenigen für Industriefabrikate, die von der Landwirtschaft benötigt werden. Merkwürdigweise findet sich zur Kritik der überwerteten Industrieproduktion in dem Artikel v. Rahmers kein Sterbenswort. Das ist in der Tat auffallend. Allerdings hat der Landbund reichlich Grund, die Uberteuering der industriellen Produktion in einem Zeitpunkt zu verschweigen, wo man gegen die Reichsregierung und gegen den Reichsamtpräsidenten die bittersten Vorwürfe schleudert, während gerade im Verfolg dieser Wirtschaftspolitik die Preise für Industriewaren zu sinken beginnen. Und man hat zu der Schwelgsamkeit noch größeren Anlaß, wenn man sich daran erinnert, daß der Landbund, der, ohne ausreichend dazu autorisiert zu sein, sich als berufener Vertreter der Landwirtschaft aufspielt, obwohl diese die Verteuerung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel verewigen müssen. Offenbar sind Herrn v. Rahmers Kohle, Kalk, Stickstoff, die Maschinen und die Bekleidung seiner Arbeiter schon viel zu billig. Oder er hat, was angesichts der starken Belastung eines Landbundesleiters mit Pflichten nicht verwunderlich ist, keine Zeit mehr dazu, in seinem Betrieb die Wechselwirkungen von Rohstoff- und Betriebsmittelpreisen und Gesehungskosten der Landwirtschaft zu verfolgen. Wir empfehlen ihm daher, sich bei jenem Großgrundbesitzer in führender Stellung der Berufsorganisation zu informieren, der zufällig am gleichen Tage im „Berliner Börsen-Courier“ die Anpassung der Preise der Betriebsmittel, besonders des Kunstdüngers, an die Preise der Landwirtschaft fordert und weiter schreibt:

„Das braucht nicht ausschließlich durch Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte geschehen, wie dies hier und da in führenden Schichten der deutschen Landwirtschaft durch Schutzzölle gefordert wird; im Gegenteil Schutzzölle wären nach

Ansicht erfahrener und erprobter Landwirte jetzt ein großes Uebel, denn es gibt eine große Menge Landwirte, die geben noch das Allerbeste her, was an Leistung gegeben werden kann, und diese Leute, zu denen viele Kriegsgewinnler zu zählen sind, die sich Güter als Sachwertanlagen gekauft haben, würden dann in dem jetzigen Dreh weiter murksen, ohne eine derart rationelle Betriebsführung durchzuführen, wie sie eben notwendig ist. Wenn wir jetzt schon Schutzzölle bekämen, würde uns das Ausmaß um so sicherer überschätzen, denn auch im Auslande wird mit einem Höchstmaß von Intelligenz gearbeitet, um die denkbar höchsten Ergebnisse dem Boden abzurufen.

Aber was die Landwirtschaft fröhren muß, das ist eine ganz wesentliche Senkung aller Erzeugnisse, die die Landwirtschaft haben muß, um ihre Wirtschaft nach modernen technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen betreiben zu können. Es ist unbedingt notwendig, daß die landwirtschaftlichen Maschinen, daß der Kunstdünger, daß alle Betriebsstoffe und nicht zuletzt auch das Saatgut im Preise wesentlich herabgesetzt wird, wenn nicht anders, so durch Mitwirkung der Reichsregierung. Sie kann nicht tatenlos zusehen, daß die Landwirtschaft ihre Produkte um 30 bis 40 Proz. unter den Preisen des Vorkrieges abgeben muß, während die Industrie, der doch diese Senkung in erster Linie zugute kommt, da sie in der Lage ist, ihre Arbeiter dadurch billiger und so zu ernähren, daß sie wieder in den Stand gesetzt wird, die Leistungen zu vollbringen, die von ihr gefordert werden, sich darauf verweist, um 30 bis 66% Proz. höhere Preise für ihre Erzeugnisse zu bekommen und dadurch hauptsächlich die große Differenz mitverschuldet, die aber tatsächlich doch zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse besteht. Es ist für die Industrie natürlich doch auch wertvoll, sich einen leistungsfähigen Inlandsmarkt zu schaffen, den zu einem erheblichen Teile die Landwirtschaft abgeben kann.“

Man sieht, selbst in den Kreisen der Großgrundbesitzer sind die Meinungen darüber, wer an der Agrarkrise die Schuld trägt und wie ihr abzuhelfen ist, sehr geteilt. Die Meinung, die in der zitierten Zuschrift zum Ausdruck kommt, ist richtig. Sie muß auf die Führer des Landbundes geradezu vernichtend wirken, die jetzt einen Prügelknaben für die eigenen Fehler suchen. Der Landbund ist es gewesen, der in seinem Eifer, für die Landwirte Weltmarktpreise zu erreichen und dem Dollar ja recht rasch folgen zu können, mit der Grenadierstraße erfolgreich konkurriert hat und dem Abbau der Zwangswirtschaft in einem Augenblick durchsetzte, wo er die deutsche Ernährung auf das schwerste gefährden mußte. Aber selbst wenn man ihm das nachsieht und wenn man daran glaubt, daß der Abbau der Zwangswirtschaft im Herbst v. J. eine sachliche Notwendigkeit gewesen ist, so bleibt doch die Frage offen, warum die Landwirtschaft nicht vorher ihre Macht ausgenutzt hat, um bei dem gewagten Experiment der freien Wirtschaft sich die notwendigen Rohstoffe und Betriebsmittel zu billigen Preisen sicherzustellen. Bei einer derartigen Forderung war die Landwirtschaft der Zustimmung der Verbraucher gewiß, wenn diese auf Gegenleistungen rechnen konnten. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun war es, der eine solche Lösung mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit verfocht, unterstützt von einem Staatssekretär, der selbst praktischer Großgrundbesitzer ist. Die Agrarier haben auf jede derartige Hilfe verzichtet. Und wenn die gegenwärtige Krise wirklich das Grab der deutschen Landwirtschaft wäre, so waren es die deutschen Landbündler, die dieses Grab geschaukelt haben. Glücklicherweise besteht die Gefahr einer Vernichtung der Landwirtschaft nicht. Die landwirtschaftlichen Preise sind im Steigen, während die Industriepreise sinken. Ein gewisser natürlicher Ausgleich findet so statt. Auch jetzt gibt es niemanden im deutschen Volke, der die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der deutschen Landwirtschaft nicht anerkennt. Auch die Sozialdemokratie ist bereit, nach wie vor an der Lösung der Krise das ihrige zu tun. Und sie wird sich in ihrem Weg nicht beirren lassen von Verleumdungen, deren Form und Inhalt nur ihre Urheber kennzeichnen.

Das Echo der Gewerkschaftsaktion. Gefahren der Landbündler.

Die Klassenbewußten Agrarier haben sich von jeher systematisch von gerechter Steuerleistung gedrückt. Wenn man im deutschen politischen Leben ein Symbol sucht für den brutalsten und unerfährtesten Egoismus, der auf das Wohl der Allgemeinheit pfeift, der nach Wohlthaten und Sonderleistungen durch den Staat schreit, das Steuerzahlen aber anderen überläßt — so ist es gegeben in der Figur des deutschen Agrariers. Diese Leute haben seit fünf Jahren die Staatsfinanzen sabotiert. Seit noch nicht einem Jahre zahlen sie ungefähr ebensoviel Steuern wie andere Gewerksstände — schon schreien sie wieder nach Steuernachlaß, Steuerabbau, Begünstigung der Landwirtschaft.

Angesichts des skandalösen Treibens des Reichslandbunds, der der Reichsregierung gewissermaßen ein Ultimatum stellte, das mit der Aushungerung der Städte drohte, haben die freien Gewerkschaften von der Reichsregierung eine Untersuchung gefordert, um die gerechten Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Das hat die Wut der Landbündler hervorgerufen. Unter der Überschrift „Klassenpolitik der Gewerkschaften“ schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

„Zweifellos stellen die Forderungen der Gewerkschaften einen Druck auf die Regierung dar. Man verliert die Beratungen innerhalb des Kabinetts über die zukünftige Reparationslastenverteilung im Sinne sozialistischer Gewerkschaftspolitik zu beeinflussen.“

Die Forderungen des Reichslandbunds stellen natürlich keinen Druck auf die Regierung, keinen Beeinflussungsversuch dar. Die Drohung mit der Aushungerung der Bevölkerung ist ebenso natürlich keine Klassenpolitik. Es ist ebenso natürlich, daß der Reichslandbund berechtigt ist, Untersuchungen von den Regierungen zu fordern, die Gewerkschaften aber nicht.

Die ganze Freiheit der Leute vom Reichslandbund spricht aus diesem Geschrei über die Rundgebung der Gewerkschaften. Sie wollen sich auf Kosten der breiten Massen des Volkes von den Leistungen für den Staat und die Befreiung Deutschlands drücken. Sie sind entschlossen, die Staatsfinanzen und damit Deutschland noch mehr zu ruinieren, als sie es bereits getan haben. Aber diesmal wird der Kampf um die Lastenverteilung hart auf hart gehen. Die Gewerkschaften werden trotz des agrarischen Geschreis der Reichsregierung keinen Zweifel darüber lassen.

Agrarierwirtschaft in Thüringen.

Steuerstundung und Steuerfreiheit für die Landwirtschaft.

Weimar, 3. Juli. (Eigener Drohbericht.) In den Ausschüssen des Landtages wurde ein Antrag des Landbundes verhandelt, der für die Landwirtschaft die zinslose Stundung von Steuern bis nach der Ernte verlangt. Außerdem geht die Absicht des Landbundes soweit, daß in Fällen, wo der Zusammenbruch eines landwirtschaftlichen Betriebes möglich sein könnte, völlige Steuerfreiheit eintritt. Daß mit der Bewirkung der Pläne des Landbundes gerechnet werden kann, geht wohl daraus hervor, daß die Rentämter schon jetzt von der Regierung entsprechende Anweisungen erhalten haben. Man rechnet also in der Regierung bestimmt mit der Annahme des Landbundesantrages.

Todesstrafe im Graff-Prozess beantragt.

Stettin, 3. Juli. (TU.) Im Stettiner Graff-Prozess erklärten die Vertreter der Staatsanwaltschaft es als durch die Stettiner Verhandlung unumkehrbar bewiesen, daß nicht die von den Beiglern Verurteilten, sondern die Stettiner Angeklagten des Mordes an dem belgischen Leutnant Graff schuldig sind. Generalstaatsanwalt Spelmann beantragte gegen die Angeklagten Kams, Engeler und Schwirrat die Todesstrafe. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragte er abzusehen.

Ein König der Wissenschaft.

Von Karl Fischer.

Die Akademie der Wissenschaften ist eine Körperschaft, in der die gelehrtesten Köpfe von ganz Preußen sitzen. Wie gelehrt alle diese Doctores und Professores sind, das erkennt man erst aus den „Mitteilungen“, die sie herausgeben und die so gelehrt sind, daß sie niemand versteht. Die Sitzungen der Akademie der Wissenschaften sind zum Glück geheim. Nur zweimal im Jahr, am Friedrichstag im Januar und am Leibniztag am 3. Juli, öffnen sich die Pforten zu den heiligen Hallen einer beschränkten und dreimal gesiebten Öffentlichkeit. Dann findet sich in dem prunkvollen Sitzungssaal der Akademie unter den Vinden, der von Gold nur so strahlt und in dessen Nischen allerlei vergoldete Kaiserbüsten stehen, ein andächtig-erwartungsvolles Publikum ein. Die Diener tragen Leibbräde und überhaupt ist alles so feierlich, daß man kaum zu atmen, geschweige denn laut zu sprechen wagt.

Wenn das Publikum Platz genommen, erschmen feierlich-gemessenen Schrittes die Mitglieder der Akademie auf der Estrade, alles erhebt sich und verbeugt sich respektvoll. Viele der Mitglieder der Akademie tragen breite, goldene Ketten um den Hals, an denen, ähnlich wie bei den Schützenkönigen, oberhand Rebalien baumeln. Der Frack ist über und über bedeckt und bestückt mit Orden und Ehrenzeichen, die außerdem verschiedenen auch noch zum Halbe herausabhängen. Dagegen ist es unrichtig, daß die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften Perücken tragen mit langen Zöpfen hinterran. Die Zöpfe haben sie verächtlich.

Herr Roethe trägt außerdem im Knopfloch des Fracks an einem langen breiten Band ein großes Eternes Kreuz, das ihm feinerzeit wegen persönlicher Tapferkeit vor dem Feinde verliehen worden ist. Herr Roethe ist der Vorsitzende der Preussischen Akademie der Wissenschaften, jener Herr Roethe, den unsere Leser aus verschiedenen Artikeln im „Vorwärts“ kennen, jener Herr Roethe, der eines Tages im Kriege, aller Effläse voll, in das Rollen, als er nur über Goethe lesen sollte, gestürzt kam und ausrief: „Meine Herren, entschuldigen Sie mich! Ich kann aber heute nicht zu Ihnen sprechen. Ich bin zu aufgereggt. Ich kann Ihnen aber die freudige Mitteilung machen, daß soeben der unbeschränkte U-Boot-Krieg erklärt worden ist.“ Die Studenten begriffen natürlich sofort die engen Beziehungen, die zwischen Goethe und dem unbeschränkten U-Boot-Krieg bestehen, und trampelten begeistert Beifall.

Der Herr Geheimde Rat, Professor Dr. Gustav Roethe ist mit einem Wort ein wahrer König der Wissenschaft, und wie die Könige, so liebt auch er es, zu seinem Volk zu sprechen, goldene große Worte, programmatisch zugespitzt, geschöpft aus der Rot der Zeit und zur Rechtfertigung für Kinder der Zeit. Wohlgeachtet, aber nur für Kinder der Zeit. Wie ein König hielt auch gestern Herr Roethe eine Ansprache an das versammelte Volk. Und also sagte und klagte Herr

Roethe: Wir haben heute keine Helden mehr, wir leben in einer Gegenwart, die so ganz ohne Helden ist, wie seit Jahrhunderten nicht mehr. Aber der Klopstock, das war ein Held, denn ihm lebten nur Heimatshelden: Hermann der Cherusker, der deutsche Kaiser Heinrich, Luther und Leibniz. Der Leibniz allerdings war immerhin ein verdächtiger Kerl; denn er hat Oden verfaßt, in denen er Ludwig XIV. umschmeichelte, trotzdem der doch ein französischer König war. Wir Armen von heute in einer verarmten Zeit leben unter dem Zeichen einer Schulreform, die es, weiß Gott, noch dahin bringen wird, daß bald kein junger Mensch mehr die lateinische Sprache versteht. Statt der Helden von einst herrschen heute die Wesen und Allzuvielen. In der Kunst und in der Wissenschaft — so sagte Herr Roethe — ist das nun zwar nicht ganz so schlimm. Aber in der Politik ist es wahrhaft katastrophal. Wir Heutigen haben nichts anderes als stürkende Heldenerhebung in der Vergangenheit. Wir leben zwar, daß Bestrebungen im Gange sind, die edle und echt aristokratische Bildung aus der Welt zu schaffen, weil sie eben aristokratisch war, aber die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, die die alte deutsche große Zeit erleben durften, die wissen, daß die Zeit schon wiederkommt, in der die Aristokraten statt des Volkes herrschen werden. Dieses letztere sagte Herr Roethe vielleicht aus einer weisen Vorsicht heraus, auf griechisch.

Was sonst noch gestern in der Sitzung geschah, war so unwichtig, daß es nicht Erwähnung verdient. Außerdem wäre es respektlos, nach so rassistischen Worten eines Königs der Wissenschaft von Nebenächlichem zu reden. Schade nur, daß in der Akademie der Wissenschaften nicht gesungen werden darf. Sonst würde der Präside, Herr Roethe, sicher zum Schluß mit Stenorsstimme kommandieren: Es steigt das erste allgemeine: „Best steht und treu die Wacht am Rhein!“

Schopenhauers Gedankenpauze.

Die meisten Werke Schopenhauers sind in ihrer Form durch Zufälligkeiten bestimmt worden, und eigentlich kein Jugendwerk. Die Welt als Wille und Vorstellung ist in einem Guß entstanden. Der Philosoph hat an seinem Lebenswerk unermüdet weitergearbeitet; da er aber bei dem geringen Abjaß seiner Schriften nur selten Gelegenheit zu einer Neubearbeitung hatte, so stopfte er in neu erscheinende Werke alle möglichen Zusätze hinein. Der unmittelbare Ausdruck seines späteren Philosophierens ist uns auf diese Weise verborgen geblieben; unermüdetlich schuf er weiter an dem Ausbau seiner Gedankenwelt, und wieviel er noch zu sagen hatte, beweisen die untröstlichen Worte des 72-Jährigen, der beim Herannahen des Todes erklärte, er habe noch so wichtige Zusätze zu seinem Parergon zu machen. Auf diese Weise konnte es geschehen, daß der größte Teil der Geistesarbeit seiner reifen Jahre unbekannt geblieben ist. Es sind dies die zwanglosen, togebuchartigen Aufzeichnungen in Aphorismenform, die in zehn statischen gebundenen Heften mit einem Umfang von nahezu 4000 Seiten den unmittelbarsten und intimsten Niederschlag seines Schaffens darstellen. Aus diesem Aphorismenschatz des Nachlasses, der vollständig in der

frühen Gesamtausgabe der Werke Schopenhauers veröffentlicht werden soll, gibt Otto Weig eine systematische Auswahl in seinem soeben im Insel-Verlag erschienenen Werk „Arthur Schopenhauers philosophische Aphorismen“. Die Logebuchblätter Schopenhauers, die inhaltlich und künstlerisch so einzigartig und wertvoll sind, werden hier in großen Gruppen nach dem System des Philosophen zusammengestellt und gewähren einen großartigen Einblick in den Reichtum seiner Gedankenwelt. Die Arbeit an diesen Aufzeichnungen galt Schopenhauer als der wichtigste Teil seiner täglichen Beschäftigung. Nach kalter Wäsche und einfachem eingenommenem Frühstück widmete er diesen Aufzeichnungen die besten Morgenstunden von 9 bis 11 Uhr, während deren er sich durch niemanden, auch nicht durch den Briefboten, stören ließ. Seit seiner Niederlassung in Frankfurt a. M. verlagte er sich jede mehrwöchige Reise, um diese Gewohnheit nicht unterbrechen zu müssen.

Schopenhauer hat in diesen allfälligen Niederschriften das Geheimnis seines Denkens offenbart. Er spricht der Stille eine viel eindringlichere Wirkung zu, als dem ausgeführten Werk, und bekennend: „Meine Werke besetzen aus lauter Aufzügen, wie dieser, wo ein Gedanke mich erfüllte und ich ihn, seiner selbst wegen, durch Aufschreiben fixieren wollte; daraus sind sie zusammengestellt, mit wenig Kalk und Mörtel; darum sind sie nicht schal und langweilig, wie die der Leute, die sich hinsetzen und nun noch einem gefassten Plan Seite nach Seite ein Buch schreiben.“ Schopenhauer gehört durch diese Schöpfungen zu den größten Meistern des Aphorismus aller Zeiten.

Die Werkbundschau „Die Form“ in Stuttgart. Seit der Gründung des Werkbundes im Jahre 1907 hat die Werkbundidee in Deutschland auf breiter Front Boden gewonnen. Statt unerbittlicher Imitation gibt dem Handwerk und dem Kunstgewerbe heute die Mannigfaltigkeit aus Zeit und Ort heraus entwickelter Eigen-schöpfungen das Gepräge. Gebilde sind Norm geworden, bei denen die allgemeine ästhetische Forderung mit den individuellen Forderungen des Zweckes und der Materie verschmolzen wurden. Solche Fortschritte konnten auch jenseits der Grenzen nicht unbeachtet bleiben. In England haben unter dem Eindruck der Kölner Werkbundaussstellung 1914 schon im ersten Kriegsjahr ähnliche Stellen zur Gründung eines parallelen englischen Werkbundes aufgefunden, und selbst in dem kunstgewerblich so reaktionären Frankreich legt man heute die Fundamente einer großen Schau, deren Motto heißt: „Los von den Königsstilen.“ Das Ziel aber, das in diesen — wie auch den übrigen Reichsändern — erst als ferne Lösung ausgegeben wird, ist in Deutschland und Deutschösterreich schon lange zu einem guten Teil erreicht. Unter dem Motto „Besser machen“ übte der Werkbund an den Ergebnissen der Münchener Gewerbeausstellung 1922 scharfe Eigenkritik und fand, daß zwar die ornamentale Frage weitgehend gelöst sei, daß aber die ornamentale Vollkommenheit sich geradezu zum Deutnantel für manche formale Unvollkommenheit herausgebildet habe. Und so beschloß man die Veranlassung einer ausschließlich dem Fernproblem gewidmeten Schau. Diese fand als Höhepunkt des Stuttgarter Kunstfommers im Handelshof zu Stuttgart ihre Eröffnung.

Selbst ein kurzer Rundgang zeigt, daß schon die Ankündigung der Schau einen starken Antriebe zur Emporzüchtung des Klein-

Unwissend und verantwortungslos.

Eine Falschmeldung über angebliche Finanzkontrolle.

Die Nachtausgabe des „Tag“ veröffentlicht in sensationeller Aufmachung eine Meldung aus New York, die von der Ernennung eines Amerikaners zum Finanzkontrollleur für Deutschland spricht. Es heißt in dieser Meldung:

„Danach seien die Ministerien entschlossen, dem amerikanischen Oberkommissar die unumschränkte Vollmacht einzuräumen, die Kontrolle über die gesamte deutsche Finanzpolitik auszuüben, und im Falle einer deutschen Verletzung die Aufsicht über das ganze Budget zu übernehmen; sie wünschen, auf diesem Posten einen Amerikaner zu sehen, und hoffen schon deshalb auf die Zustimmung in Washington, weil Amerika an der deutschen Anleihe, die im Anschluß an das Sachverständigengutachten durchgeführt werden soll, die Hauptrolle spielen dürfte.“

Die Veröffentlichung dieser Meldung kennzeichnet die Verantwortungslosigkeit, mit der die Fragen des Gutachtens in der Presse der Rechten behandelt werden. Das Sachverständigengutachten kennt keinen Oberkommissar für die Kontrolle der gesamten deutschen Finanzpolitik. Es sieht vor drei Kommissare: für die Bank und für die als Garantie dienenden Einnahmen aus Branntwein, Tabak, Bier, Zucker und Zöllen. Die Kompetenzen dieser Kommissare sind fest und eng umrissen. Von unbeschränkter Vollmacht kann dabei keine Rede sein.

Das Gutachten enthält nichts über Maßnahmen im Falle einer deutschen Verletzung, nichts über eine allgemeine Budgetaufsicht. Eine solche Bestimmung wäre mit dem Wesen des Gutachtens unvereinbar.

Der „Tag“, der zu jenen Organen gehört, die die Politik der Rechten unterstützen, hat keine Ahnung von dem Inhalt des Gutachtens. Oder soll man annehmen, daß er bewußt so falsche Meldungen lanciert, um Stimmung gegen die Annahme der Gesetze zur Durchführung der Gutachten zu machen?

Reichsverband und Industrielle Vereinigung

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie rechnet öffentlich mit der Opposition der „Industriellen-Vereinigung“ ab. Es teilt durch W. L. B. der Presse mit:

„Aus dem Wortlaut der Resolution, die der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf seiner Tagung am 2. Juli d. J. faßte, glaubt ein Teil der öffentlichen Meinung den Schluß ziehen zu können, daß die deutsche Industrie eine veränderte Stellung zum Sachverständigenbericht eingenommen hat. Nichts ist irriger als diese Auffassung. Der Hauptausschuß hat die Resolution des Vorstandes des Reichsverbandes vom 24. April vollständig gebilligt. Hierauf haben Präsidium und Vorstand um so mehr Wert gelegt, als eine gewisse extreme Opposition, die zum größten Teil allerdings außerhalb des Reichsverbandes steht, die Ansicht verbreitet hatte, daß Präsidium und Vorstand durch den Hauptausschuß nicht mehr gedeckt seien. Es zeigte sich bei dieser Sitzung, daß eine überwältigende Mehrheit für die Resolution des Vorstandes des Reichsverbandes vorhanden war. Schon das Zahlenverhältnis beweist dies. Es stimmten etwa 110 Mitglieder für die vorliegende Resolution, wobei sich 11 Mitglieder der Stimme enthielten; aber nicht etwa, weil sie gegen die Resolution vom 24. April waren, sondern weil sie eine erneute Abstimmung überhaupt nicht mehr für notwendig hielten. Gegen die Resolution haben ausgesprochen nur 12 Teilnehmer gestimmt.“

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird in einer, offenbar von parteipolitischer Seite zugegangenen Darstellung die Verhandlung in der Hauptausschußsitzung unrichtig wiedergegeben. Es wird dort behauptet, daß eine gemauerte Mauer die angeblich starke und verschiedene Opposition in einen Rastell dadurch verlegt habe,

Formalen auslöste, die sicherlich nun ihrerseits in jeglicher Hinsicht neue starke Antriebe auswirken wird. Einfachheit und Harmonie der Form begünstigen überall im einzelnen und ergeben zusammen ein hohes Niveau, das diesem gemeinsam geschaffenen Bunde alle Ehre macht. Kaum reicht eine Einzelleistung darüber, aber auch kaum fällt eine darunter. Und jeder ist doch wieder ein Eigenart!

Dr. H. H.
Ein neues Weltall. Ein neues Weltall, das entfernteste Objekt, das je von einem Menschenauge gesehen wurde, ist nach dem „Daily Science News Bulletin“ (Washington) entdeckt worden. Photographien des Harvard-Observatoriums zeigen einen blauen, ganz lichtschwachen Fleck am Firmament, der nichts anderes vorstellt als ein Weltall wie das unsere, das vielleicht etwas kleiner ist. Der Direktor des Observatoriums Dr. Harlow Shapley schreibt darüber:

Das Licht braucht eine Million Jahre, um von dem neuen Weltall zur Erde zu gelangen. Die entferntesten Sterne und Nebelwolken, die bisher beobachtet wurden, haben nur eine Entfernung von 250 000 Lichtjahren. Das neue Weltall ist 6 Quintillionen Meilen weit.

Dieses Weltall, das die Astronomen in ihren Sternkatalogen nur als Katalognummer anführen, wurde zuerst vor einigen Jahren von dem verstorbenen Dr. Barnard beobachtet, aber erst jetzt konnte man den Namen machen, und zwar durch das 100-Zoll-Teleskop von Mount Wilson, das größte der Welt; und erst durch die Photographieren konnte man feststellen, daß es sich bei dieser Sternwolke um ein Universum, wie das unsere, handelt. Es entspricht den Magellanschen Wolken, schwachen Lichtflecken am südlichen Himmel, die zuerst von Magellans gesehen und jetzt als ein großes Sternsystem erkannt wurden, verschieden von der Milchstraße und unserem eigenen Sternsystem, aber kaum kleiner.

Dieser schwache Schimmerfleck, der mit unbewaffnetem Auge nicht gesehen werden kann, in einem mittleren Teleskop so groß wie ein Sternchen ist, ist weit, weit außerhalb der Grenzen unseres eigenen Sternensystems, das die Astronomen nach der Milchstraße das „Milchstraßen“- oder „Galaktische System“ nennen. Der Durchmesser unseres Weltalls wurde bisher auf 350 000 Lichtjahre geschätzt. Der weiteste Ausläufer der Unendlichkeit, den der Menschengeist jetzt erfaßt hat, ist dreimal so weit.

Schmetterlinge als Alkoholik. Unter den Tieren, die eine ausgesprochene Vorliebe für Alkohole haben, stehen die Schmetterlinge oben an, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die Weibchen viel nüchtern sind als die Männchen. Der englische Zoologe Sutt hat wiederholt das Experiment gemacht, in seinem abgeschlossenen Garten, den zahlreich Schmetterlinge besiedelten, einen Becher Wasser und mehrere Becher Branntwein aufzustellen. Er konnte dadurch feststellen, daß während die weiblichen Schmetterlinge sich an das Wasser hielten, die Männchen sich ihrerseits mit Bier auf den Branntwein stürzten und ihm so fleißig zusprachen, daß sie bald unter allen Anzeichen der Trunkenheit am Boden lagen.

Die Götze-Bühne, deren Eröffnung in der Klosterstraße feierlich nicht stattfinden konnte, wird nunmehr im Herbst ins Leben treten.

In der Galerie J. Kasper, Aufstiegsrampe 233, bringt die Sommerausstellung Postelle und Squaralle moderner Weiber, darunter Kollektionen von Ludwig Kasper, Max Bachstein, Einzelwerke Corinthe, Eisler, Stegert, Godel, Raustopf, Partikel u.

daß nur zehn Minuten Redezeit erlaubt wurden. Hierzu ist zunächst zu sagen, daß dieser Antrag auf Beschränkung der Redezeit ohne Wissen der Verhandlung und Geschäftsleitung gestellt worden ist; dann ist dieser von der Versammlung gegen eine Minderheit von ganz wenigen Stimmen angenommen worden, und zwar insbesondere gegenüber dem Mitgliede der Deutschen Industriellen-Vereinigung, Herrn Kommerzienrat Krawinkel, dem die mehr als dreifache Redezeit zur Verfügung stand. Ramentlich haben weder Herr Kommerzienrat Krawinkel, noch ein anderer Oppositionsredner einen positiven Vorschlag gemacht, wie ohne ein Eingehen auf das Sachverständigengutachten als Verhandlungsbasis für die Lösung des Reparationsproblems die besetzten Gebiete befreit — eine vom Reichsverband stets gestellte Vorbedingung für die Annahme und Durchführung des Sachverständigengutachtens — und die deutsche Wirtschaft vor dem völligen Untergang gerettet werden können.

Auch die Bemerkung der genannten Zeitung, daß die Ausführungen der Referenten über die Hauptpunkte des Sachverständigengutachtens sich auf rein technischen Gebiete bewegten, zeugt von einer geringen Sachkenntnis des Kritikers und von seiner unvollständigen Berichterstattung. Tatsächlich wurden alle Fragen, wie sie der Sachverständigenbericht aufwirft, nicht nur in technischer, sondern auch in tatsächlicher und materieller Hinsicht einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Es zeigte sich aber, daß die Gegner des Berichtes lediglich aus ihrer reinen negativen Einstellung heraus eine Opposition herbeizuführen versuchten und die Mehrheit der Versammlung von der Zweckmäßigkeit und Richtigkeit einer solchen Einstellung überzeugen wollten. Daß dieser Versuch gänzlich fehlschlug, hat das Ergebnis der Abstimmung deutlich erwiesen.“

Soweit die Veröffentlichung des Reichsverbandes. Sie ist eine kassierende Ohrfeige für die deutsch-nationale Politik und für die Hugenberg-Gruppe.

Der Kampf um Groß-Berlin.

Der Unterausschuß des Preussischen Landtages, der die Frage einer eventuellen Ausgliederung einzelner Gebietsteile der Einheitsgemeinde Groß-Berlin zu beraten hat, ist gestern endlich zu Entschlüssen gekommen. Er hat die beantragten Ausgliederungen von Spandau (mit oder ohne Siemensstadt), Köpenick, Zehlendorf und verschiedener anderer einzelner Orte abgelehnt. Dagegen wurde die Ausgliederung von Gatow, Kladow und Köhlhagenbrück im Westen und Schmöckwitz im Osten beschlossen. Es ist anzunehmen, daß der Hauptausschuß für die Groß-Berliner Frage diesen Entschlüssen beitreten wird. Es besteht die Absicht, die gesetzliche Regelung dieser Ausgliederungen zu beschleunigen und sie möglichst noch im September durch ein Initiativgesetz des Landtages in Kraft treten zu lassen.

Das Ergebnis der Studentenwahlen.

Der von den völkisch-deutschnationalen Gruppen erhoffte durchschlagende Sieg ist selbst auf dem ihnen so günstigen Boden der Roethe-Universität ausgefallen. Der Wahlkampf wurde mit einer an der Universität noch nie gesehenen Heftigkeit geführt. Der Rektor, der doch über die Parteien stehen möchte, trat ganz offen für die extremen Rechtsgruppen ein, beschnitt die Rechte der verfassungstreuen Gruppen und soll sogar höchst eigenhändig ihm unliebsame Wahlkreise ernannt haben. Auch der noch amtierende reaktionäre Studentenausschuß tat das Seinige, um das Anwachsen der Opposition zu unterdrücken. Die Minderheitsgruppen mußten dagegen protestieren, daß der Studentenausschuß bei der Erstellung der Wahllegitimationen von den Auslandsdeutschen ein Religionsbekenntnis forderte und damit die Reichsvereinsfassung trotz verlegte. Universitätsrat Markart gab auch dieser Beschwerde statt und der Unfug wurde gänzlich am letzten Wahltag abgeschafft. Inzwischen waren sicherlich viele auf diese Weise ihres Stimmrechts beraubt worden.

Das Ergebnis zeigt im wesentlichen eine kleine Linksverschiebung. Abgegeben wurden 3771 Stimmen, davon 1859 für die Linksgruppen, so daß die Rechten nicht mehr über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Im einzelnen erzielten: Deutscher Studententag 18 Mandate (vorher 18), Vereinigte jüdische Gruppe 6 (4), Jugendbewegung 7 (5), Kommunisten 3 (1); Finkenstraße 30 (28), Korporationen 12 (17), Berliner Wasserring 23 (22). Die drei linken Gruppen bilden also noch immer die Mehrheit, jedoch statt mit 67, mit 65 Stimmen.

Die sozialdemokratischen Studenten bildeten bei der Wahl einen Teil des „Deutschen Studententages“, unter dessen gewählten Vertretern auch mehrere unserer Genossen sind.

Ein kommunistisches Attentat.

Duisburg, 3. Juli. (Tl.) Eine gewalttätige Befreiung eines kommunistischen Agitaturs wurde Mittwoch nachmittags hier ausgeführt. Der Agitator Weber war von Essen her aus der Haft durch einen Hilfspolizeibeamten nach Hamborn zu einem Termin gebracht worden und sollte nachmittags wieder nach Essen zurückgebracht werden. Auf der Fahrt mit der Kreis Ruhrorier Stroßenbahn wurde an der Neumühler Grenze von mehreren im Innern des Wagens befindlichen Männern die Tür zur Vorderplattform aufgerissen, auf der sich der Beamte mit dem Gefangenen befand. Der Arbeiter Ernst Deering gab auf den Beamten mehrere Pistolenschüsse ab. Eine Kugel traf diesen in die linke Brustseite. Der Gefangene entwich, und auch Deering flüchtete, nachdem sich vorher zwischen dem schwerverletzten Beamten und dem Angreifer ein regelrechtes Feuergefecht entwickelt hatte. Später konnte Weber wieder aufgegriffen werden und auch Deering festgenommen werden.

Der Prozeß Hermann.

Weimar, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Verhandlungstag des Prozesses gegen den früheren thüringischen Innenminister Hermann, gegen die fünf Kreisdirektoren und den Regierungsassessor Kunze wegen Urkundenfälschung brachte durchaus nichts Sensationelles. Das ganze Verfahren gründet sich nur auf Kleinliche Sachen, die mit Spitzfindigkeit ans Tageslicht gebracht und die an den Haaren herbeigezogen worden sind. Im ganzen sind 13 Aktenstücke vorhanden, an denen angeblich Andeutungen an den Daten vorgenommen sein sollen.

Der frühere Minister Hermann führte bei seiner Vernehmung aus, daß er nicht die Absicht gehabt habe, das nach dem Ermächtigungsgesetz von der Reichsregierung erlassene Sperrgesetz für Beamtenstellungen und Beförderungen zu übergreifen. Denn dieses Sperrgesetz konnte für das im Aufbau begriffene Land Thüringen nicht in Frage kommen, um so mehr, als es sich bei den fraglichen Beamtenstellungen um Exekutivorgane gehandelt habe. Die Anklageschrift behauptet zu Unrecht, daß der Beschluß der Regierung über die Befehung neuer Beamtenstellungen erst im

Oktober und November erfolgt sei. Das sei nicht richtig, denn das Staatsministerium habe tatsächlich schon im August einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Die Absicht, Akten zu fälschen, habe er nicht gehabt. Die Personalakten des Regierungsrats Kopf habe er nur in seinem Schrank in seinem Zimmer aufbewahrt, aber nicht aus dem Grunde, diesem den Bezug seines Gehalts weiter zu ermöglichen. Schließlich habe er sich um die büreaumäßige Ausführung der Beschlüsse des Staatsministeriums nicht im einzelnen kümmern können, da andere Angelegenheiten zu erledigen waren. Von den Befehlen des Regierungsassessors Kunze sei ihm nichts bekannt gewesen. Hermann habe ihm die Beschlüsse über die Anstellung und Beförderung von Beamten übermittelt. Wenn dieser infolge Amtsüberlastung die Angelegenheiten nicht schnell genug erledigen konnte, so müsse das entschuldigt werden.

Regierungsassessor Kunze, dem die Bearbeitung der Personalangelegenheiten für die unteren und mittleren Beamten übertragen war, gab bei der Vernehmung an, daß er wegen allzu großer Überlastung mit Arbeit die Beschlüsse und die Wünsche des Ministers Hermann nicht so schnell ausführen konnte und daß er bei Inangriffnahme der Akten die Ausstellung der Urkunden in mehreren Fällen derart verzögert, daß er nicht den Termin der Ausstellung der Urkunden darin vermerkte, sondern den Tag des Beschlusses über die Anstellung usw. Irgendwelche Änderung an Urkunden habe er nicht vorgenommen. Die ihm zur Last gelegte Fälschung von Akten werde ihm zu Unrecht zugeschrieben; wenn die Daten geändert worden sind, seien sie vor der Unterzeichnung, also beim Schreiben der Urkunden erfolgt. Die Vordatierung der Akten sei in einigen Fällen vorgenommen worden, weil er die Verzögerung der Personalangelegenheiten seinem Minister nicht merken lassen wollte.

Die Vernehmung der Kreisdirektoren Kennert, Reiningen, Hirschmann, Eisenach, Faulian, Koda und Koch-Gotha brachte die Bestätigung der Arbeitsweise des Regierungsassessors Kunze. Die Kreisdirektoren erhielten gewöhnlich von diesem einen Befehl, wonach sie die Verteidigung von Beamten vornehmen sollten, zu einem von Kunze angegebenen Tage, der gewöhnlich vordatiert war. Die Kreisdirektoren haben in den vorliegenden Fällen lediglich nach den amtlichen Anweisungen Kunzes verfahren.

Am Freitag sollen nun die ersten Zeugen vernommen werden. Unter den etwa 30 Zeugen befinden sich die früheren Minister Fröhlich und Hartmann. Die Dauer des Prozesses wird auf fünf Tage geschätzt.

Amnestiedebatte in Bayern.

Zunehmend 40 Räteputschisten in Haft.

München, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag mit einem Gesetzentwurf über die Amnestie der politischen Gefangenen. Ein Entwurf der Volksfraktion verlangte nur die Berücksichtigung der anlässlich des Hochverrats vom November 1923 Beurteilten, während ein Entwurf der Kommunisten die Amnestie aller politischen Gefangenen umfaßte. In der Aussprache erfuhr man, daß von linkslebenden Gefangenen zurzeit noch 22 aus dem Jahre 1919 ihre Zuchthausstrafe in Straubing und 18 ihre Festungsstrafe in Niederhörsfeld verbüßen. Interessant war, daß der völkische Abgeordnete Dr. Roth in dieser Frage der Amnestierung heute genau den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, wie im Jahre 1920 als bayerischer Justizminister. Der Redner der Deutschnationalen erwartete, daß die in Landsberg eingesperrten Hitlerputschisten am 1. Oktober der ihnen in Aussicht gestellten Bewährungsfrist teilhaftig werden. Mit der Einwilligung seiner Fraktion würde man keinesfalls zu rechnen haben, wenn die Straffahrt dieser Hochverräter verlängert werden sollte. Diese Haltung der Deutschnationalen kündigte eine neue Krise in der schwachen bayerischen Regierungskoalition an. Denn es ist bekannt, daß man in den Kreisen der bayerischen Volkspartei einer Freilassung Hitlers am 1. Oktober mit sehr gemischten Gefühlen entgegensteht. Die sozialdemokratische Fraktion nahm zu beiden Amnestieanträgen eine ablehnende Haltung ein, weil nach ihrer Auffassung nur das Reich zuständig ist. Die Fraktion brachte zwar einen eigenen Gesetzentwurf ein, der aber ebenso wie die Entwürfe der Volksfraktion und Kommunisten mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde.

Die vom Staatsanwalt verlangte Aufhebung der Immunität des völkischen Abgeordneten Bochner zwecks Strafverfolgung wurde am Donnerstag vom Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtages abgelehnt. Die erste Sitzung der Disziplinarkammer gegen Bochner ist bereits auf den 10. Juli festgesetzt.

Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages begann am Donnerstag seine Beratungen über die Minderung der Agrarpreise in Bayern. Im Namen der bayerischen Regierung erklärte Landwirtschaftsminister Fehr, die bayerische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß für die Landwirtschaft Schutzzölle errichtet werden müßten. Diese Frage sei aber vom Reich aus zu lösen. Deshalb bedauere er, daß der Reichsernährungsminister in dieser Frage im Reichstag keine klare Stellung eingenommen habe.

Matteotti's Märtyrertod.

Rom, 3. Juli. (Gaa.) Der Untersuchungsrichter in der Affäre Matteotti hat die Witwe des Ermordeten in ihrer Wohnung vernommen. Frau Matteotti erklärte, daß im Gegensatz zu ihr, die in steter Angst vor Attentaten gegen ihren Mann lebte, Matteotti die Faschisten nicht gefürchtet habe und sich auch durch Drohbriefe, die er häufig erhielt, nicht hätte einschüchtern lassen. Matteotti hatte eine Broschüre über die Tätigkeit der faschistischen Partei in Vorbereitung, in der er auch verschiedene Dokumente zur Unterstützung seiner Behauptungen veröffentlicht wollte. Seine Gegner seien wahrscheinlich über seine Absicht informiert gewesen.

Die Unmöglichkeit, die Leiche Matteotti's aufzufinden, erklärt sich dadurch, daß die Verhafteten, die als die wirklichen Mörder in Betracht kommen, sich noch immer auf Leugnen verlegen. Einige Gesandnisse sollen nur Rossi und Filippelli abgelegt haben, welche als Auftraggeber in Betracht kommen.

Wer finanzierte die Mörderbande?

Rom, 3. Juli. (E.B.) Bei der Beschlagnahme der Gelder der Angeklagten im Matteotti-Prozess wurden bei Filippelli Werte in Höhe von zwei Millionen Lire gefunden. Wie das „Giornale d'Italia“ meldet, enthielt die bei dem Hauptangeklagten Dumini beschlagnahmte Geldmappe die Unterlagen Matteotti's für seine nächste Kammerrede.

Rom, 3. Juli. (E.B.) „Popolo“ berichtet, daß der frühere Außenminister Graf Sforza vor seiner Oppositionsrede im Senat Drohbriefe erhalten habe. „Rombo“ hält es für wahrscheinlich, daß die Personen, die vor einiger Zeit den früheren Präsidenten des italienischen Pressereins Senator Bergamini nachts in seiner Wohnung überfielen, mit den Mördern Matteotti's identisch seien. Dem neuen Blatt „Sereno“ zufolge: Bergamini legt wieder Bedrohung vor. „Dea Razionale“ besagt, daß die Oppositionspresse alles aufbiete, um die Gemüter weiter in Aufregung zu halten.

Gewerkschaftsbewegung

Erziehung zum Unfallschutz.

Preisaus schreiben der Reichsarbeitsverwaltung.

Das „Reichsarbeitsblatt“ vom 1. Juli bringt ein Preisaus schreiben des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Spruy, zur Erlangung künstlerischer Wandbilder, die in den Arbeitsstätten und Versammlungsräumen der Arbeiter und, soweit die Unternehmer und Betriebsräte sich dafür interessieren, auch in den gewerblichen Betrieben ausgehängt werden, um der Arbeiterschaft ständig die Unfallgefahren vor Augen zu führen. Davon ausgehend, daß die Arbeit in den gewerblichen Betrieben alljährlich schwere Opfer an Leben und Gesundheit erfordert, daß

im Jahre 1921 rund 500 000 Unfälle

in den gewerblichen Betrieben Deutschlands gemeldet wurden, wozu 6400 mit tödlichem Ausgang und 17000 mit dauernder Erwerbsunfähigkeit, wird der Schutz des Arbeitnehmers gegen die ihm drohenden Unfallgefahren als vornehmste Pflicht bezeichnet, die von Staat und Selbstverwaltung, Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften seit Jahrzehnten erkannt sei. In Arbeitsbetrieben hat man längst erkannt, daß Höchstleistungen nur in den Betrieben erreicht werden können, in denen der Arbeiterschutz allen Anforderungen entspricht.

Die Arbeitskraft ist das wichtigste Kapital.

über welches das verarmte Deutschland verfügt. Der Schutz dieser Arbeitskraft ist sozial und wirtschaftspolitisch eine Notwendigkeit.

Dieser Schutz können aber technische Einrichtungen allein nicht gewährleisten, mögen sie noch so vollkommen sein. Auch die Betriebsführung muß den Sicherheitsanforderungen Rechnung tragen, und vor allem muß jeder einzelne Arbeiter selbst die ihm drohenden Gefahren kennen und sie ständig bei seiner Arbeit würdigen. Besonders müssen Jugendliche und Reiflinge im Betriebe immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen werden.

Das soll fortan wie im Auslande, insbesondere Amerika und Holland, durch eindrucksvolle Bilder geschehen. Diese Bilder müssen technisch richtig sein, in leicht fasslicher Weise das Wesentliche der dargestellten Vorgänge herausarbeiten und auf eine künstlerische, dem Empfinden des deutschen Arbeiters angepaßte Höhe erheben.

Die Absicht ist gut.

Der Plan sorgfältig, die Zusammenfassung des Preisrichterkollegiums einmündig und so ist zu erwarten, daß der Zweck erreicht wird, brauchbare Bilder zu erhalten. Da die Praxis eine Spezialisierung als unerlässlich erweisen wird, für den Bauarbeiter, andere Arbeiter, Holz- und Metallarbeiter, wird sich aus dieser Notwendigkeit auch die Heranziehung von Ingenieuren, Wertmeistern und Betriebsräten von selber ergeben.

Wir wollen hier auch nicht auf das Kapitel des Arbeiterschutzes im einzelnen eingehen, auf all die Fragen, ob die Schutzvorrichtungen überall vorhanden und gehörig instand gehalten werden, ob die Gewerbeaufsicht ausreicht, das Arbeitssystem die Arbeiter zwingt, die Schutzvorrichtungen zu mißachten und dergleichen. Aber eines muß doch auch bei dieser Gelegenheit betont werden. Der sozial- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeit, das wichtigste Kapital, die Arbeitskraft zu schützen, wird am besten gedient, besser als durch die munderbarsten Bilder und Plakate, durch den Achttundentag. Doch in demselben Augenblick, in dem die Arbeitsminister in Frankreich und England sich ansetzen,

das Washingtoner Abkommen

zu ratifizieren, verfolgt der Reichsarbeitsminister in Deutschland die Politik, alle auf die Verlängerung der Arbeitszeit die Verdrängung des grundsätzlichen Achttundentags gerichteten Forderungen der Unternehmer in jeder Weise zu begünstigen. Dem Schutze der Arbeitskraft dient das sicherlich nicht.

Dem Achttundentagsarbeiter bleibt die Zeit zum Besuche von Vorträgen mit praktischen Demonstrationen über die Unfallverhütung durch Einrichtungs- und Selbstschutz. Dem Jahn- und Zwölftundentagsarbeiter fehlt sowohl die Zeit als die Aufnahmefähigkeit.

Damit soll kein Wort gegen das Preisaus schreiben gesagt sein. Doch der erste Preis müßte dem Künstler zufallen, dem es am besten gelingt, im Bilde wiederzugeben, was Dehmel in seinem Zeitgedicht zum Ausdruck gebracht hat.

Die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei und ihre Presse werden sich an dem Preisaus schreiben beteiligen, außer Wettbewerb, indem sie der deutschen Arbeiterschaft immer wieder zum Bewußtsein bringen:

Das erste und wichtigste Gebot zum Schutze der Arbeitskraft ist der Achttundentag.

Die notwendigste Voraussetzung oder, dieses Gebot trotz aller Widerstände durchzuführen, ist die Zugehörigkeit zur Organisation.

Wahlrechtsraub in der Angestelltenversicherung.

Der Reichsarbeitsminister hat kürzlich Neuwahlen zur Verwaltung und Reichspräsidentenwahl der Angestelltenversicherung angeordnet, durch die weite Kreise der Versicherten aus den Berufen der Bureauangestellten, Techniker und Werkmeister ihres Wahlrechtes bühlig beraubt werden.

Angesichts der großen Beunruhigung, von der die Angestellten gegenüber diesem Mißbrauch der am 15. Februar 1924 abgelaufenen Ermächtigungserordnung erfaßt worden sind, ist der Bundesaus schuß des AFA-Bundes am 3. Juli d. J. im Industriebeamtenhaus zu Berlin zusammengetreten und hat folgende Kundgebung einstimmig beschlossen:

„Der am 3. Juli 1924 tagende Bundesaus schuß des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AFA-Bund) protestiert gegen die willkürliche Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes in der Angestelltenversicherung, die der Reichsarbeitsminister unter Mißachtung des bestehenden Rechtes durchzuführen im Begriff ist.“

Nach dem Angestelltenversicherungsgesetz haben die Wahlen der Beisitzer zum Verwaltungsrat sowie zu den Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt durch die Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung zu erfolgen. Der Reichsarbeitsminister hat hingegen durch Verordnung vom 28. Mai 1924 die Wahl für die Beisitzer in den Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern und im Reichsversicherungsamt dem neu zu wählenden Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung übertragen, obwohl nach einem Reichsgesetz vom gleichen Tage diese Wahl den Vertrauensmännern zusteht. Der Reichsarbeitsminister stützt sich dabei auf eine Ermächtigung, die er sich unterm 13. Februar 1924 auf

Grund des am 15. Februar 1924 abgelaufenen Ermächtigungsgesetzes gegeben hat. Nachdem das Ermächtigungsgesetz selbst am 15. Februar 1924 abgelaufen war, durfte der Reichsarbeitsminister nicht auf Grund des abgelaufenen Ermächtigungsgesetzes am 28. Mai 1924 neue Maßnahmen treffen.

Rechtswirksame Wahlen für die Spruchbehörden der Angestelltenversicherung können jetzt nur durch die Vertrauensmänner erfolgen. Außerdem aber ist durch die am 10. November 1922 erfolgte Aenderung des Angestelltenversicherungsgesetzes der Kreis der versicherungspflichtigen Angestellten wesentlich erweitert worden. Die derzeitigen Vertrauensmänner sind aber schon vor dieser Erweiterung des Personenkreises gewählt worden. Die Zusammenfassung des Vertrauensmännerkörpers entspricht also nicht mehr dem gegenwärtigen Kreise der versicherungspflichtigen, so daß weite Schichten der Bureauangestellten, der Techniker und Werkmeister jeglichen Einflusses beraubt sind. Es ist daher erforderlich, daß entweder zunächst die Neuwahl der Vertrauensmänner oder aber eine Gesetzesänderung erfolgt, nach der die Beisitzer zum Verwaltungsrat, zum Direktorium und zu den Spruchbehörden durch Urwahlen von den Versicherten zu wählen sind.

Der Bundesaus schuß richtet an den Reichsarbeitsminister das Ersuchen, die Wahlen in dieser Weise vorzubereiten. Sollte diesem Vorschlage nicht entsprochen werden, sondern der Reichsarbeitsminister an der von ihm wider Recht und Gesetz beabsichtigten willkürlichen Zusammenfassung der Versicherungsinstanzen festhalten, so wird sich der AFA-Bund nicht daran beteiligen.

Schließlich ruft der AFA-Bund die Angestellten auf, den Kampf um das Selbstverwaltungsrecht gegen die Willkürakte der staatlichen Bureaukratie aufzunehmen.“

Der Bundesaus schuß hat den AFA-Vorstand beauftragt, unverzüglich beim Reichsarbeitsminister, Dr. Brauns, vorstellig zu werden, um die hier geplanten ungesetzlichen Wahlen noch zu verhindern. Die eingeleitete Protestaktion erstreckt sich über alle Ortsstellen des AFA-Bundes und Ortsverwaltungen der Zentralverbände aller Berufe.

Ueber die weiteren Einzelmaßnahmen wird im Anschluß an die erwähnte Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister noch berichtet werden.

Sie können nicht anders.

Nach einer Meldung der Ill. hat die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei Münchens einstimmig beschlossen, alle Parteimitglieder, die in Wort und Schrift gegen den Achttundentag Stellung nehmen, aus der Partei auszuschließen. Dieses zumal nach der Stellungnahme des jüngsten Parteitag selbstverständliche Bekenntnis zum Achttundentag hat die „Welt am Abend“ von der Ill. übernommen. Doch offenbar lediglich deshalb, um der Nachricht den Dreifachwagn anzuhängen, die Münchener Sozialdemokraten müßten nunmehr schleunigst Ausschlußanträge stellen gegen einen großen Teil der prominentesten Führer der SPD.

In Wirklichkeit wird die Münchener Parteioffiziation kaum in die Notwendigkeit verlegt werden, auch nur ein Parteimitglied aus diesem Grunde auszuschließen. Wir haben wiederholt die vier bis fünf Namen derjenigen Parteimitglieder in Deutschland im „Vorwärts“ genannt, die für eine einstweilige Aufhebung des Achttundentages eingetreten sind. Einer von ihnen ist gestorben, und von den übrigen kann als Führer in geistigem Sinne nur noch ein einziger ausgesprochen werden.

Das Kommunistenblatt ist indessen, wenn es „einen großen Teil der prominentesten Führer der SPD“ als Personen hinstellt, die gegen den Achttundentag Stellung genommen haben.

Hängen wir's niedriger. Leute, die berufsmäßig schwindeln und gegen die SPD alles erlaubt halten, können nicht anders. Vielleicht beschließt die SPD, einmal, daß Mitglieder, die nicht notwendige Ueberstunden machen, aus ihrer Partei ausgeschlossen werden.

Wie es gemacht wird.

Vor uns liegt folgendes Schreiben:
Kommunistische Partei Deutschlands,
Sektion der Kommunistischen Internationale,
Berlin, den 1. Juli 1924.
B. G.!

An die B. G. Berlin, Gewerkschaften.
Bei Uebernahme meiner Tätigkeit als Industriegruppenleiter der Gruppe Metall wurde mir mitgeteilt, daß für den DMB-Bezirk Brandenburg eine Bezirksfraktion der Partei nicht besteht. Ich halte es für unbedingt erforderlich, diese Leitung zu schaffen und bitte Euch, das Notwendige zu veranlassen und uns in aller nächster Zeit die Adresse der Bezirksfraktionsleitung mitzuteilen.
Mit komm. Gruß!
Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands Abt. Gewerkschaften.
Weber.

Es wird von oben ganz systematisch nach den Anweisungen von Rostau die Spaltung organisiert. Zunächst geht man fernanden hin, der die zentrale Stelle zu bauen hat und darüber wachen muß, daß in den Bezirken, Ortsverwaltungen und Branchen gleichfalls die kommunistischen Zellen organisiert werden, um im geeigneten Augenblick die Spaltung durchzuführen. Wenn die Kommunisten von „Einheitsfront“ reden, so begehen sie damit eine bodenlose Heuchelei.

Gestörte Holzarbeiterversammlung.

Zu der gestrigen Vertrauensmännerversammlung der Holzarbeiter in den Kammerfäden hatte sich der aus dem Verbandsaus geschlossene kommunistische Holzarbeiter Bolze „als Bericht erstatter der „Roten Fahne“ eingestellt. Der Versammlungsleiter Freilang forderte Bolze zum Verlassen des Saales auf. Bolze weigerte sich den Saal zu verlassen. Seine Parteigenossen traten für ihn ein, so daß es zu einem etwa 1 1/2 stündigen Wortgefecht kam. Um dem Durcheinander ein Ende zu machen, trat die erweiterte Verwaltung zusammen und beschloß, keinen Berichterstatter zuzulassen, d. h. auch den Berichterstatter des „Vorwärts“ zu erlösen, die Versammlung zu verlassen. Schließlich kam auch der Berichterstatter der „Roten Fahne“ diesem Beschlusse nach, worauf die Versammlung die Entdignung ihrer Beschlüsse beginnen konnte.

Die Organisationen haben natürlich das Recht, darüber zu befinden, ob Zeitungsberechtigter zuzulassen sind oder nicht. Die Zulassung war gestattet worden. Komte Bolze sich als Bericht erstatter der „Roten Fahne“ ausweisen, dann war es verfehlt, ihn zum Verlassen des Saales aufzufordern, solange er sich nicht in ungehöriger Weise bemerkbar machte.

Stürmische Buchdruckerversammlung.

Die gestrige Generalversammlung der Berliner Buchdrucker im Gewerkschaftshaus nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Wenn es dem einen oder anderen Buchdrucker bisher noch nicht klar gewesen ist, was die Kommunisten unter revolutionärem „Kampf“ in den Gewerkschaften verstehen, dann muß dies in der gestrigen Versammlung jedem einzelnen Delegierten klar geworden sein. Zur Beratung stand als Hauptpunkt die Aufstellung von Kandidaten als Delegierte für den Hamburger Verbandstag. Albrecht gab hierzu bekannt, daß nach der Wahlforderung für die Nominierung aller Kandidaten die Unterstützung eines Drittels der Anwesenden erforderlich ist. Ein kommunistischer Antrag, von diesem Modus abzuweichen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Damit gaben sich die Kommunisten nicht zufrieden. Trotzdem sie kaum den 15. Teil der Delegierten zur Generalversammlung stellen, fühlten sie sich als so winzige Minderheit dennoch „entrecht“ und setzten alles daran, die Versammlung zu sprengen. Hatte einer der kommunistischen Vorkämpfer vorher erklärt, daß die Kommunisten, wenn sie mit ihren Kandidaten nicht durchkämen, einen Sturm aufzuführen würden, gegen den der Tumult im Deutschen Reichstag ein Kinderspiel sei, so ist dieser Anspruch voll und ganz in die Tat umgesetzt worden. Den Verteilungen und Schmähungen der Amsterdamer Gewerkschaftskollegen folgten schließlich Tätlichkeiten. Der Hauptübeltäter wurde aus dem Saal verwiesen, gefolgt von einer kleinen Schar seiner Getreuen. Einige kommunistische Delegierte verblieben weiter im Saal. Die Versammlung konnte nunmehr in der sachlichen Beratung fortfahren. Die von der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung aufgestellte Kandidatenliste wurde ohne Abänderung angenommen. Diese kommunistischen Kuppelkämpfer mögen auch dem letzten Kollegen im Betrieb die Augen darüber öffnen, wie kommunistische Delegierte in Hamburg die Interessen der Buchdrucker vertreten würden.

Ueber die Anträge zur Hamburger Generalversammlung ging man zur Tagesordnung über, weil eine Besprechung dieser Anträge schon erfolgt ist. Nach Erledigung einiger anderer Vereinsangelegenheiten fand die Versammlung dann ihr Ende.

Zum Zimmererstreik.

Zwei Jahrestellenversammlungen haben sich in äußerst angerogter Weise über den Verlauf des achtwöchigen Streiks ausgesprochen und zugleich über die weiteren Maßnahmen des noch nicht abgeschlossenen Kampfes beraten. Es wurde dann, nachdem ein Revisor sich für und wider geäußert hatten, ein Antrag der Bezirke 2 und 3 auf Neuwahl des Vorstandes abgelehnt. Dagegen wurde auf Antrag der Bezirke 1, 4, 5, 6, 10, 12 und 14 auf der Delegiertenversammlung gegen 7 Stimmen der Schlichtungskommission und dem Vorstand für ihre Tätigkeit das vollste Vertrauen ausgesprochen.

Zum Teilstreit wurde folgende Entschließung einstimmig gefaßt: „Die am 2. Juli 1924 im Gewerkschaftshaus, Saal 1, tagende Jahrestellenversammlung beschließt:

1. Da durch den uns ausgezwungenen Abwehrkampf von acht Wochen die Verlängerung der Arbeitszeit zurückgewiesen ist und mehr als 95 Proz. der Zimmerer Groß-Berlins und Umgebung von Montag bis Freitag täglich 8 und am Sonnabend 6 1/2 Stunden arbeiten, verpflichtet sich die Delegiertenversammlung, weiter dafür einzutreten, daß nachdem in vielen Betrieben und auf vielen Baustellen bereits die Maurer und Bauarbeiter sich dem Borgehen der Zimmerer angeschlossen haben, vom kommenden Sonnabend ab nach 6 1/2 stündiger Arbeitszeit auf sämtlichen Bau- und Arbeitsstellen die Arbeit ruht.“

2. Nachdem 50 Proz. der Zimmerer den Lohn von 1 M. pro Stunde und mehr erhalten, verpflichtet die Delegiertenversammlung alle Zimmerer, insbesondere die Vertrauensleute und Betriebsräte, je nach Lage der Verhältnisse im Einverständnis mit der gesamten Belegschaft und des Vorstandes zu prüfen, wann bei den einzelnen Firmen erneut die Forderung von 1 M. zu erheben ist. Arbeits-einstellungen ohne Zustimmung des Vorstandes dürfen nicht vorgenommen werden.“

3. Zusätze, die durch den bisher bestehenden Tarifvertrag für Fahr- und Laufzeit, Auslösung, Ueberstunden usw. festgelegt sind, gelten auch weiterhin als Mindestforderung, Wertzeugenschädigung 4 Proz.“

Die Ausbreitung der IFA.

Im Laufe der vergangenen Woche haben zwei weitere Organisationen beschlossen, sich der Internationalen Transportarbeiter-Föderation anzuschließen, nämlich: der schwedische Verband der Schiffsheizer und der tschechische Verband der Hausfeuer. Das Exekutivkomitee der IFA wird in seiner Sitzung am 10. und 11. Juli über die Zulassungsgesuche von sieben Organisationen zu beschließen haben, die seit der letzten Sitzung des Generalkonvents, Ende April, eingegangen sind. Nach Zulassung dieser Verbände hat die Gesamtzahl der angeschlossenen Organisationen 63 erreicht.

Arbeitslosigkeit in der Ukraine.

Kiew, 2. Juli. Die Ukraine hat gegenwärtig 275 000 Arbeitslose von denen der größte Teil auf Sowjetange-stellte entfällt. An zweiter Stelle stehen Straßen- und Erdarbeiter, an dritter Metallarbeiter.

Für Zimmerer ist noch wie vor die Firma Glüh u. Bellingger, Baustelle an der Stadtbahn (Beltsue und Tiergarten) gesperrt. Sämtliche hier ausgeführten Zimmerer- und Einschalarbeiten sind Streitarbeiten. Bauarbeiter, übt Solidarität! Zentralverband der Zimmerer, Jahrestelle Berlin.

Billige Schuhe.

Das bekannte Schuhlokal Behrendt, Märzstr. 25 mit den weiteren Verkaufshäusern Frankfurter Allee 54, Kottbuser Damm 14, bringt in seinem diesjährigen Saison-Ausverkauf ganz außergewöhnlich billige Preise. So z. B. Herrenstiefel, kräftiges Leder, breite Form 4.90 Mark, Damenlederhalschuh, modern und Form, hoher Absatz 3.90 Mark, breite Schließbeschalle, spitze Form 5.90 Mark, Damen-Direktstoffhausschuh, entzückende Farben 0.95 Mark, Damen-Lederniedertriter verschiedener Farben und Damen-Lederhausschuh 2.95 Mark, Lederkinderstiefel Gr. 18-20 0.60 Mark, Kinderlockspannenschuh, prima Material, Gr. 25-30 4.90 Mark, Gr. 31-35 5.90 Mark. Erstklassige Goodyear-Sachen auf Rand genäht, hervorragende Fabrikate, für Damen und Herren, besonders billig. Es sollte niemand versäumen, von dieser äußerst günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen. Hier sind nur einige Beispiele angegeben, das Lager beträgt über 30 000 Paar

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Salzer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Göttsche; Neuland: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Felix Karst; Ausland: H. Glade; Literatur in Berlin: Berlin: Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hierzu 2 Beilagen.



Gehen Sie in sich! Folgen Sie dem Gebote der Zeit, die zum Sparen drängt. Wer die **„Massary-Classe“** dick, rund für 3⁸ raucht, spart viel Geld und verschafft sich doch 3⁸ einen köstlichen Genuß.

Die Industrie der Winkelfabrikanten.

Es soll hier nicht die Rede sein von den täglich in die Welt gefegten Nachrichten über irgendwelche neuen und wunderbaren Erfolge, die man mit den geheimnisvollen Wellen erzielt hat, obwohl das auch ein ganz unterhaltendes Kapitel ist. Auch über die furchtbaren zerstörenden Wirkungen, die so häufig irgendein englischer, ungarischer, albanischer Erfinder mit elektrischen Strahlen erzielt hat, wollen wir schweigend hinweggehen. Hier soll uns vielmehr nur der Schwindel beschäftigen, der tagtäglich um uns herum getrieben wird und auch täglich neue Dumme findet.

Das abnehmende Radiosieber.

Im Jahre 1921 brach in Amerika das Radiosieber aus, zwei Jahre später kam die Seuche auf ihrem Wege um die Welt zu uns. Jetzt stürzte sich einfach alles auf Radio. Das tausende Publikum konnte noch von Glück sagen, wenn es an eine Firma geriet, deren technischer Leiter früher Installateur oder Monteur gewesen war. Nun ist Hochfrequenztechnik eine Sache ganz für sich. Sie ist von der gewöhnlichen Elektrotechnik recht sehr verschieden, erfordert Vorsichtsmaßnahmen, an die man sonst nicht im Traume zu denken braucht und allerhand Kniffe, die dem echten Starkstromler einfach natürlich erscheinen. Immerhin bekam man von solchem Manne noch einen sachgemäß zusammengebauten und wenn man Glück hatte, auch geprüften Apparat. Es gab aber auch andere Leute, die plötzlich „Radiosachverständige“ wurden. Da hatte ein unternehmender Bäcker von einem Studenten ein Schaltbild für einen Bierrohrenapparat bekommen und treu und gottesfürchtig ging er nun hin, eröffnete eine „Werkstatt“ und baute mit einigen gleichgesinnten Seelen Bierrohrenapparate. Ein kleines Schieberkonfitorium, das eine Aktiengesellschaft und eine G. m. b. H. betrieb, die sich gegenseitig die Waren zuschoben, sah den Entschluß, sich auf Radio zu werfen. Zuerst wurde es mit einer Vertretung versucht, da aber die vertretene Firma nichts lieferte, so wurde eine eigene Werkstatt eröffnet. Gewohnt zu ernten, wo andere gefät hatten, hielt man es gar nicht für nötig, Geld ins Geschäft zu stecken. Als Werkstatt diente ein Bureauraum, als Werkbank ein Bureauisch. Der Werkzeugvorrat bestand aus einer Handbohrmaschine (ohne Bohrer!), zwei Schraubenziehern und einer Flachzange. Was sonst noch nötig war, steuerten die angestellten Mechaniker in ihrer Gümmigkeit aus eigenem bei. Dafür wurden sie, dank auch im Lohne gebührend niedrig gehalten. Daß Apparate geprüft werden müssen, schien überflüssige Schwerefälligkeit, Prüfgerät brauchte man nicht. Was dabei herauskommen konnte, kann man sich denken. Freilich erlebte das edle Schieberkonfitorium auch den Segen nicht, auf den es gehofft hatte. Denn wenn es auch gewöhnt war, zu ernten, wo andere gefät hatten, da zu ernten, wo überhaupt nicht gefät worden war, das überstieg dann doch seine Geschäftsfähigkeit.

Die viel zu hohen Preise.

Derartige Beobachtungen konnte man zu Dutzenden machen, wenn man ein wenig in diese „Industrie“ hineinschaute. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm wie beim Apparatebau ging es beim Bau von Einzelteilen zu. Nicht ganz so schlimm, denn zum Bau von Kondensatoren, Transformatoren, Heizwiderständen usw. gehörte doch immerhin etwas mehr Fachkenntnis und mechanische Geschicklichkeit als zum Zusammenlöten der Verbindungen bei einem fertigen Apparat. Es war nicht zu vermeiden, dazu Mechaniker einzustellen, unter Umständen sogar einen Meister. Freilich, auf diesem Gebiete durchgebildete Fachleute, die die Bedingungen, denen die Teile entsprechen mußten, einigermaßen kannten und zu beurteilen mußten, hielt man auch da meistens für überflüssig. So kam es, daß die Einzelteile, die man zu kaufen bekommt, zwar meistens mechanisch ganz ordentlich ausgeführt sind, aber in elektrischer Beziehung den notwendigen Anforderungen keineswegs entsprechen.

Der Erfolg dieser geschäftlichen Zustände war nach einem kurzen Laufen eine ungeheure Verprellung des Publikums. Eine große Zahl der gelieferten Apparate taugen nichts und gab keinen Empfang, viele von ihnen wanderten zum Erzeuger zurück, viele auch stiegen in die Ecke nachdem weiter nichts zu hören gewesen war als ein kräftiges Knirschen im Telephon. Dazu kam die bald einsehende Erkenntnis, daß die Apparate viel zu teuer waren. Eine führende Firma hat kürzlich den Preis ihres Detektorapparates von

60 auf 37 M. herabgesetzt, ein Beweis, wieviel bisher daran zuviel verdient wurde, denn auch jetzt noch wird die Firma daran verdienen. Ein Bierrohrenapparat kostete im Laden rund 500 M., ebensoviel wie eine Spiegelreflexkamera, die doch ein wahres Wunderwerk der Präzisionsoptik und Mechanik ist. Die hohen Preise waren zum Teil eine Folge der unheimlichen Aufschläge auf alle Selbstkosten, die in Deutschland gewohnheitsmäßig, d. h. von der Inflation noch her, gemacht wurden, z. T. eine Folge der vielen Händler, die sich dazwischen schoben und der hohen Gewinne, die sie machen wollten. Unter 50 bis 100 Proz. meinten diese Herren doch nicht arbeiten zu können. Ein Bierrohrenapparat kostete die herstellende Fabrik an Material etwa 80 M., an Arbeitslohn etwa 10 M., an Zuschlägen zum Lohn nochmals 10 M. Wird er dann an



Auch eine „Radiofabrik“

den Großhändler zu 140 M. abgegeben, so findet die Fabrik dabei reichlich ihr Bestehen. Der Großhändler kann ihn dann an den Detaillisten zu 175 M. verkaufen, dieser an das Publikum zu höchstens 225 M. Als Gegenstück sei angeführt, daß sich kürzlich ein sehr vorgeschrittener Berliner Funkfreund in Amerika nach eigenen Angaben einen außerordentlich verwickelten Apparat bauen ließ mit nicht weniger als 11 Röhren. Die Ausführung war so blendend schön, wie man in Deutschland keinen Apparat zu sehen bekommt, jede Röhre hatte ihr eigenes Meßinstrument, alle Schaltungen durch Hebel leicht ausführbar, und der Preis? 125 Dollar gleich 500 Goldmark, soviel, wie bei uns der schundigste Bierrohrenapparat kostet.

Wie ist Besserung zu erreichen?

Zu großen Teile wird die vollständig abgetriebene Kaufkraft des Publikums schon erreicht, daß nur die bestfundierten Unternehmungen bestehen bleiben. Aber für die Güte der Erzeugnisse ist damit nichts gewonnen, hier hilft nur mehr Kritik. Da wird z. B. ein Detektorbaukasten feilgeboten, der nicht billig ist und scheinbar gar nicht übel. Aber der Kondensator hat höchstens 55 Zentimeter Kapazität, die Spule, eine Flachspule von 26 Windungen, hat etwa 500 000 Zentimeter Selbstinduktion, jeder Hochmann kann da ausrechnen, daß dieser Apparat nur bis 240 Meter Wellenlänge Empfang geben kann, während unsere Sender mit 400—500 Meter arbeiten. Viele werden sich mit diesem Kasten herumgequält und ihn schließlich in die Ecke gestellt haben, wenn sie keinen Empfang bekamen, indem sie wohl dachten, sie hätten ihn falsch geschaltet. Ebenso wird es oft mit selbstgebauten Apparaten gehen, an deren Nichtfunktionieren nicht falsche Schaltungen, sondern schlechte Einzelteile die Schuld tragen. Unter den üblichen Transformatoren hat man bei Prüfung 30 bis 50 Proz. Ausschuß, Kondensatoren von angeblich 100 Zentimeter Kapazität haben nur 35 Zentimeter, Blockkondensatoren sind einseitig ganz von der Klemme abgerissen, so daß sie

überhaupt keine Kapazität mehr haben, Telephote und Spulen haben Unterbrechung usw. Alle solche Teile müssen geprüft werden und wer das nicht kann, dem muß man heute besser den Rat geben, die Finger davon zu lassen. Erst dann, wenn es sich zeigt, daß weder bei Apparaten noch bei Einzelteilen das Publikum alles hinnimmt, sondern nur bewährte Erzeugnisse, erst dann ist auf Besserung zu hoffen.

Kürzlich hat sich der Verband deutscher Elektrotechniker (VdE.) der Sache angenommen und beschlossen, eine Prüfstelle zu errichten, die Mindestforderungen für Apparate aufstellen und die Apparate, die ihnen entsprechen, mit einem Stempel versehen soll. Wenn diese Prüfstelle ihre Tätigkeit auch auf Einzelteile ausdehnt, wäre dem selbstbelaubenden Funkfreunde — und unter den Arbeitern überwiegt der bei weitem, wie die Erfahrung der Geschäfte zeigt — sehr viel geholfen, denn dann würde er beim Kauf ohne weiteres den VdE.-Stempel fordern. Dann aber würde mit der Zeit auch die deutsche Radioindustrie die Schieber und Schwindler abstoßen und den Ruf erringen, den die deutsche Elektrotechnik sonst hat, den der Güte und Zuverlässigkeit.

Serien im Rathaus.

Die gestrige ordentliche Sitzung der Stadtverordneten war, wie ihre letzten beiden Vorgängerinnen, schon nach drei Minuten zu Ende. Sie wurde um 5 Uhr vom Vorsteher Bennoen Haß eröffnet; sofort verlangte Brunon von der Wirtschaftspartei das Wort zur Geschäftsordnung, beantragte die Vertagung und bezweifelte zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Vorsteher stellte den Antrag zur Unterfertigung, und diese genigte, da auf der rechten Seite etwa ein Duzend Mitglieder sich eingefunden hatte. Vorsteher Haß: Die Versammlung ist zweifellos nicht beschlußfähig. Damit kann auch die heutige Sitzung nicht stattfinden. — Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß damit der Stadthaus halt wie im vorigen Jahre nicht verabschiedet ist, und daß durch die Anwesenheit der Beschlußfähigkeit auch eine neue Beschlußfassung über die Ferien heute unmöglich geworden ist. Wir treten somit in die Ferien ein; ich wünsche den Herren eine gute Erholung (südmische Heiterkeit links) und hoffe, daß wir nach dem Abschluß der Ferien wieder zu praktischer Arbeit zusammentreten werden. Damit ging die Versammlung für Juli und August in die Sommerferien.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Da eine Verabschiedung des städtischen Haushalts durch die Stadtverordnetenversammlung in absehbarer Zeit nicht erwartet werden kann, hat der Magistrat die vorläufige Bewirtschaftung des städtischen Haushalts für die Zeit vom 1. Juli 1924 ab selbständig regeln müssen. Er hat die Verwaltung ermächtigt, die zur Fortführung der städtischen Wirtschaft notwendigen Ausgaben weiterhin zu leisten, dabei aber nirgends über die Ansätze des Haushaltsentwurfs hinauszugehen, sowie sie vom Magistrat und Haushaltsausschuß beschlossen sind. Dabei ist der Magistrat den Beschlüssen des Haushaltsausschusses überall beigetreten mit Ausnahme von einer Ausgabe von 15 000 M. für die Wiedereinführung der Drucklegung der stenographischen Sitzungsberichte der Stadtverordnetenversammlung, auf welche der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung nach zu verzichteten bittet. Für die finanzielle Durchführung der Haushaltswirtschaft bedeutet die Verzögerung der Haushaltsfestlegung keine unmittelbare Gefahr. Die Gemeindesteuern sind schon zu Beginn des Rechnungsjahres vorläufig festgesetzt worden und laufen, auch wenn der städtische Steuerverteilungsbeschuß erst später genehmigt wird.

Die Automaten sind wiedergekehrt.

Nach jahrelanger Pause sind die ersten Automaten wieder von der Staatsbahnverwaltung aufgestellt worden. In den Vorräumen der Bahnhöfe stehen die Automaten, die etwas breiter und höher sind als ihre Vorgänger. Gegen Einwurf eines Rentenzehnpennig- und eines Rentenzwanzigpennigstückes spendet der Automat eine Fahrkarte dritter Klasse. Die neuen Automaten haben vor den alten noch den Vorzug, daß man sie nicht, wenn sie verlogen und bodig sind, vergeblich schlagen und schütten braucht, damit sie wieder zur Vernunft kommen. An dem neuen Automaten ist nämlich ein Knopf angebracht, auf den man drückt, und dann funktioniert der Automat wieder.

Die Venus von Syrafus.

Von Clara Rahka.

„Nun — sehr sicher scheint es in der Umgebung des Schlosses, in das du mich brachtest, nicht zu sein. Raum wagte ich einige Schritte aus dem offenstehenden Tor dort, da erfaßte, knebelte man mich — ihre Stimme verjaagte — sie strich langsam über ihre Stirne — „Gottlob, geschah mir kein Leid.“

„Nein! Liebes, Liebes!“ röchelte der Prinz.
„Ja — Liebes,“ sagte Livia mit einer schwebenden und doch freien Stimme. „Die Menschen, bei denen ich war, taten, was sie konnten, um mir die Tage angenehm zu machen. Aber weshalb verschleppte man mich dorthin, das möchte ich von dir wissen?“ Bei diesen Worten wurde das Blut kalt in ihren Adern. Sie spielte ein hohes Spiel. Wie nun, wenn Bianca von dem Brief gesprochen hatte?

Der Papageienmann hatte sich geduckt; dann streckte er den Kopf einige Male automatisch vor. „Du verschleppt, du geknebelt! Das ist — das ist —“ krächzte er.

Livia hob die Hand. „Sag das Wort, bitte, nicht.“
„Jetzt erst hatte Prinz Jacopo den vollen Atem: „Bei deinem Galan warst du, bei deinem Liebsten. Er rief, du kampf. O ja, man läßt sich gerne rauben. Immer wieder rauben, knebeln, fesseln. Rein, meine Liebe, das Märchen erzähle anderen, nicht mir.“

Livia schritt, äußerlich ganz ruhig, auf das Schloß zu; der bunte, flatternde Alte stöckerte aufgeregt neben ihr her. Sie sah gar nicht hin. Hatte Bianca dennoch? Oh, Bianca! Hier und da zeigten sich Gesichter, naheten sich Schritte.

Der erste war Monsignore Casapi. „Prinzessin,“ sagte er würdevoll, „es erfüllt mich mit großer Genugtuung, daß Sie freiwillig heimkehrten. Immer noch ist mehr Freude im Himmel über einen Sünder, der Buße tut, als über neunundneunzig Gerechte, die der Buße nicht bedürfen.“

„Tag und Nacht, jede Stunde werde ich dich bewachen lassen,“ krächzte der Papagei dazwischen.

„Freiwillig?“ sagte Livia, die Augenbrauen erstaunt hochziehend. „Man hat mich gewaltsam von hier fortgeholt und gewaltsam zurückgebracht.“ Ihr war nicht wohl ums Herz, als sie diese Worte sprach.

„Nicht freiwillig, nicht freiwillig!“ höhnte der Alte. Er

klopfte einige Male auf die Talgdrüse, als ob er seinen aufspringenden Verstand beruhigen möchte.

Casapi blieb ganz gesfaßt. „Wer brachte Sie hierher, Prinzessin?“

Livia sah ihn mit großen, kühlen Augen an. „Ich kenne den Menschen nicht.“

„Zu Pferd, zu Wagen — wie kamen Sie bis zum Schloße hin?“

„Man fuhr mich hierher in einem Eselwagen. Der Wagen war mit vielem beladen — es türmte sich über mir, doch es bedrückte mich nicht. Man hatte es so eingerichtet.“

Der Prinz sah sie starr an.

„Die Pferde, die Pferde!“ schrie er plötzlich auf.

„Ja, Prinz, gewiß — einen Augenblick nur.“ Casapi sah den Erregten beschwichtigend an. Dann, zu Livia gewendet: „Wie sah dieser Eselwagen aus?“

„Das weiß ich nicht,“ sagte sie entschieden, „man steckte mich zur Nacht hinein, er wird nicht viel anders aussehen als jeder andere sizilianische Eselwagen.“

Ihre Sicherheit war zurückgekehrt. Hätte der Prinz um den Brief gewußt, jetzt hätte er sich längst verraten.

„Alle Eselwagen anhalten, alle auf den Hof zusammen-treiben!“ keifte wieder der Alte.

„Wollen Sie sich das nicht überlegen, Prinz?“ sagte Casapi vorsichtig; „wäre es nicht besser, diese Sache unter den Fuß zu treten?“

„Nein, nein!“ Sie waren im unteren Saale angelangt, wo ein Diener den Frühstückstisch deckte: „Luigi, die Reitknechte hierher!“ Doch der Prinz ertrug kein Warten, er lief selbst hinter dem Bedienten drein, ungeachtet der hochroten Damastdecke.

„Wollen Sie mich bis zu meinem Zimmer begleiten, Monsignore?“ sagte Livia leise lächelnd.

„Gerne.“

Sie schritten stumm über die Gänge und Treppen, einander innerlich messend.

Eine Tür wurde aufgerissen, Bianca lief ihrer Herrin entgegen, kniete vor ihr nieder, küßte ihre Hände:

„Gottlob, gottlob!“ sagte sie schluchzend.

„Hilf mir beim Umkleiden,“ sagte die Prinzessin freundlich, doch sehr gehalten.

Monsignore Casapi stand einigermaßen verblüfft und ratlos da.

Hier konnte er sich unmöglich aufdrängen.

Er sah die beiden Frauen im Schlafzimmer der Prinzessin verschwinden.

O — lala! O — lala! dachte er nur, und er beschloß, sich mit Objektivität zu umgeben.

„Hast du geschwiegen?“ flüsterte die Prinzessin.

„Ja — gewiß!“

„Bösig? Nichts vom Briefe gesagt?“

„Nichts, gar nichts.“

„Gute Bianca —“ und dann laut: „Hättest du es geglaubt, daß ich nicht sicher bin, sobald ich nur den Fuß aus dem Parte setze? Wer mir das angetan hat, das möchte ich wissen! Man hat mich geraubt, in einamer Gefangenschaft gehalten und dann in dunkler Nacht hierher zurückgebracht. Es war wirklich sonst nichts,“ fügte sie leise hinzu.

„Mißglück,“ murmelte Bianca traurig und hatte das Kleid der Prinzessin auf.

Livia nickte.

Prinzessin Beatrice kam herein. Wie eine stumme Drohung setzte sie sich in einen der breiten Sessel.

Livia sah kühl über sie hinweg.

„Und noch eins, Bianca, laß dein Bett in mein Schlafzimmer bringen, ich will nicht mehr allein sein.“

„Hier schlaf ich,“ queckschte Beatrice hervor.

„Sie auch?“ sagte Livia erstaunt. „Gut, ich habe gar nichts dagegen.“ Wie herrlich beschützt war sie doch!

Dann wandte sie sich wieder an Bianca. „Das Zimmer muß also ganz umgeändert werden. Schick mir nach dem Frühstück den Haushofmeister.“

Livia erfrischte sich in aller Ruhe, schritt dann wieder die Treppe hinab und setzte sich im Gartensaal, gemeinsam mit dem nunmehr gut zurechtgeputzten Prinzen, dessen Schwester und dem Monsignore Casapi, an den reich gedeckten Tisch.

Ganz, als ob nichts vorgefallen wäre, in göttlichem Gleichmut, sah sie da. Sie erzählte nichts, gab nur einsilbige Antworten. Das Frühstück nach dieser langen Nachtfahrt schmeckte ihr ganz besonders gut.

Sisto?

Wer einen Mann wie Sisto liebte, der brauchte nicht in Sorge zu sein. Sie wählte ihn auf dem Meere — in irgendeiner Vertreibung. Wenn sie auch nicht gerade romantisch war, so hatte Livia doch Freude an Abenteuern. Vor allem aber war es herrlich, unter dem Schutze von Beatrice und Bianca in aller Seelenruhe schlafen zu können.

Als einer der Diener eine Schale mit Obst hereinbrachte, drang ein mehrstimmiges Eselgelächter in den Saal. Ober waren es Ausdrücke des Mißvergnügens? Livia entschied sich für das Gelächter.

(Fortsetzung folgt)

Die Bürgermeisterwahl in Charlottenburg.

Augustin mit einer Stimme Mehrheit gewählt.

Bei der Bürgermeisterwahl in Charlottenburg gab es auf der rechten eine ganze Reihe enttäuschter Gesichter. Die vereinigte bürgerliche Fraktion hatte gehofft, ihren Kandidaten mit großer Mehrheit durchzubringen. Diese Erwartung ist natürlich gescheitert. Die absolute Mehrheit beträgt bei 60 Mitgliedern, welche die Versammlung hat, 31. Abgegeben wurden 35 Zettel, drei unbeschrieben, so daß Herr Augustin mit 32 Stimmen gewählt wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion empfahl unseren Genossen Paul Hirsch, welcher zurecht als stellvertretender Bürgermeister amtiert. Unser Hinweis darauf, daß Hirsch auf Grund seiner 25jährigen Tätigkeit in der Kommune Charlottenburg und seiner umfassenden, allseitig anerkannten Fähigkeiten auf kommunalpolitischem Gebiet der geeignete Mann für den Bürgermeisterposten ist, blieb von den bürgerlichen unbeachtet. Der Gewerkschaftsminister und frühere Oberbürgermeister von Charlottenburg, Dr. Scholz, konnte zwar die Fähigkeiten unseres Genossen Hirsch nicht hinwegdisputieren, im Gegenteil, er erkannte sie ausdrücklich an. Aber dieser kluge Führer der Deutschen Volkspartei verfuhr über ein wohlaffiniertes Lager bester Männer. Dieser Lagerbestand an bedeutenden Zeitgenossen ist gestern durch die Wahl Augustins von neuem verringert. Geradezu köstlich war das Verhalten der Demokraten. Führerlos schwankten sie hin und her, ohne zu wissen, für wen sie sich zu entscheiden haben. Von den neun Mitgliedern ihrer Fraktion waren ganze vier anwesend. Da anzunehmen ist, daß die Wirtschaftspartei, die mit drei Mitgliedern vertreten war, für Augustin gestimmt hat, kann man den Schluss ziehen, daß nur eine Stimme von den anwesenden Demokraten auf Augustin entfallen ist. Den anderen setzte der Mut, eine feste Stellung einzunehmen. Aus dieser Haltung geht klar und deutlich hervor, daß die Demokraten nicht mehr den Willen haben, einen klaren Kurs zu steuern. Soft und kraftlos verfallen sie dem Bürgerblock, um in den entscheidenden Rängen zwischen Bürgerblock und Arbeiterschaft zerrieben zu werden. Unmittelbar vor Beginn der Wahl stellten unsere Genossen zur Geschäftsordnung den Antrag, die Sache noch einmal an den Ausschuss zurückzuverweisen. In falscher Auslegung der Geschäftsordnung wies der Vorsteher Dettlaffen diesen Antrag als nicht zulässig zurück. Daraus verließen die Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossen den Saal. Es wird zu prüfen sein, ob das Verhalten des Vorstehers uns nicht zwingt, gegen die Wahl Protest zu erheben.

Dem Gariendirektor Barth werden neben seinem Gehalt besondere Zuwendungen zuteil. Er bezieht aus den städtischen Gärtnereien Naturalien und darf Kleinsold halten. Unsere Genossen betrachten diese Sonderbezüge als Bestandteil der Besoldung des Herrn Barth. Da auf Grund der neuen Besoldungsvorschriften alle Sonderbezüge zu streichen sind, beantragten wir, auch Herrn Barth diese Bezüge zu streichen. Obwohl ein Ausschuss, der vorher diese Angelegenheit beraten hatte, mit 7 gegen 4 Stimmen Befreiung der Sonderbezüge beschlossen hatte, lehnte die Versammlung diesen Beschluss mit 28 gegen 23 Stimmen ab. Da die Bürgerlichen und das Bezirksamt Charlottenburg anscheinend kein Gefühl für die Ungerechtigkeit haben, die in der besonderen Besoldung des Gariendirektors liegt, wird der Magistrat Berlin sie wieder auf dem Pfad der Tugend zurückführen müssen. Genosse Kawerau begründete unseren Antrag, die gegenwärtigen Zustände im Privat- und Familienschulwesen Charlottenburgs zu leutigen. Die Bestimmungen der Reichsverfassung werden durch die Aufwärtsbewegung falsch angewendet und dadurch die Flucht der besthenden Bevölkerung aus der Grundschule begünstigt. Stadtsyndikus Otto erklärte, das Bezirksamt könne nicht eingreifen. Die Schuldeputation hätte bereits eine Prüfung veranlaßt. Der Antrag wurde vertagt, bis das Ergebnis der Prüfung feststeht. Darauf begründete Genosse Dr. Sühmann unsere dringende Anträge, ob das Bezirksamt bereit ist, über die empörenden Unterfälle von Lebensmitteln und Liebesgaben, die einige Beamte im Krankenhaus Westend begangen haben, Auskunft zu geben. Stadtrat Hirsch teilt mit, daß eine Küchenangestellte und ein Stadtschreiber städtisches Eigentum und Liebesgaben in größerem Umfang gestohlen haben. (Der „Vorwärts“ hat darüber bereits ausführlich berichtet.) Es ist sofort gegen alle Beteiligten das Disziplinarverfahren eingeleitet worden, sofortige Amtsenthebung verfügt und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht worden.

Die Badeanstalt Krumme Straße hat in diesem Jahre einen Höchstbesuch von 1700 Personen täglich. Die vorhandenen Einrichtungen reichen nicht aus, diesen gewaltigen Ansprüchen zu genügen. Die Versammlung beschließt einstimmig, ein zweites Schwimmbassin zu bauen.

Polizeischuß für filmende Kinder.

Der Polizeipräsident von Berlin hat nach eingehenden Beratungen mit den Verbänden der Filmindustrie durch Polizeiverordnung vom 30. Juni 1924 bestimmt, daß Kinder bei Filmaufnahmen nur mit seiner Zustimmung beschäftigt werden dürfen. Kinder unter drei Jahren dürfen bei Filmaufnahmen überhaupt nicht mitwirken. Der Filmannehmer hat die Erlaubnis des Polizeipräsidenten, sobald er in einem Film Kinder beschäftigen will, zu beantragen und bei diesem Antrage u. a. genaue Angaben über den Inhalt der Szenen und Bilder, in denen die Kinder mitwirken sollen, sowie über die Art ihres Mitwirkens zu machen. Die Erlaubnis wird keinesfalls erteilt werden, wenn eine schädigende Einwirkung auf das Kind in sittlicher, geistiger oder gesundheitlicher Beziehung oder eine Lieberregung seiner Phantasie durch den Inhalt der Szenen, in denen es mitwirken soll, oder durch die von ihm vorzunehmenden Handlungen zu befürchten ist. Die Arbeitszeit der Kinder darf im allgemeinen sechs Stunden (die Arbeitsbereitschaft eingerechnet) nicht übersteigen; auch dürfen die Kinder nicht vor dem Vormittagsunterricht und nicht nach 8 Uhr abends beschäftigt werden. In den Filmateliers sind besondere Garderobe- und Aufenthaltsräume für die Kinder vorzusehen, zu denen die erwachsenen Personen des Betriebes, insoweit sie nicht Familienangehörige eines der Kinder oder Aufsichtspersonen sind, keinen Zutritt haben. Die Kinder müssen dauernd unter sachgemäßer Aufsicht sein. Werden mehr als zehn Kinder beschäftigt, so ist mit ihrer Beaufsichtigung eine staatlich anerkannte Jugendpflegerin zu beauftragen. Die Verordnung enthält weitere technische Einzelheiten, die sich vor allen Dingen mit dem Schutz der Kinder vor allzu starkem Lampenlicht befassen. Die gesamte Verordnung im Wortlaut ist im Regierungsblatt zu Potsdam abgedruckt und kann auch bei der Abteilung II des Polizeipräsidenten Berlin am Alexanderplatz eingesehen werden.

Die Neuordnung des höheren Schulwesens.

Die Bezirksgruppe Berlin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands hat nach einem Referat des Genossen Dr. Erich Witte die folgende Entschließung angenommen: „Die Bezirksgruppe lehnt die Neuordnung des höheren Schulwesens durch den preussischen Minister Dr. Boeckig ab. Dieser legt die sogar von dem langjährigen Ministerialrat Reinhardt bekämpfte neunjährige höhere Schule fest, ohne den Beschluß des Reichstags hierüber abzuwarten. Auch einen gemeinsamen Unterricht der höheren Schulen, für den der Minister noch einige Monate vorher eingetreten ist, macht er durch die Forderung unmöglich, daß die Reformgenossen in Gymnasien alter Ordnung zu verwandeln seien. Die von ihm selbst eingeführte freie Gestaltung des Unterrichts auf der Oberstufe beseitigt er wieder. Die Vorfrage, daß die Schüler die Kosten für den maßfreien Unterricht zum Teil selbst aufzubringen sollen, ist außerordentlich unsozial. Die Denkschrift und die bereits herausgegebenen Lehrpläne für die Deutsche Oberschule lassen vermuten, daß der Unterrichtsminister des größten deutschen Freistaates wichtigste pädagogische Forderungen ablehnt, daß die Jugend im republikanischen Geiste und im Geiste der Vätererzählung

Saison-Ausverkauf.

Berlin steht seit Mitte der Woche im Zeichen der Saisonausverkäufe, das große Publikum kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als bestände mindestens eine geheime Verabredung zwischen den Kaufhäusern und Geschäften aller Art, daß alle gerade zu gleicher Zeit ihre Ausverkäufe machen. Es besteht aber für diese geschäftlichen Veranstaltungen eine behördliche Regelung, die den Kaufleuten genau vorschreibt, zu welchen Zeiten des Jahres Inventurausverkäufe und Saisonausverkäufe gemacht werden dürfen. Die Wochen vom 2. Januar bis 15. Februar und vom 1. Juli bis 15. August sind hierfür festgesetzt. In dieser Zeit kann der einzelne Geschäftsinhaber drei Wochen lang seine Waren zu „bedeutend herabgesetzten Preisen“ verkaufen, er ist aber verpflichtet, seinen Inventur- oder Saisonausverkauf durch Plakate und Bekanntmachungen an seinem Geschäftsort anzukündigen.

Die Reklame.

Die Ausverkaufsstellen, mit der die Berliner Käuferschaft zurzeit bombardiert wird, ist also gewissermaßen behördlich vorgeschrieben, wenn es auch natürlich niemanden eingefallen ist, den Geschäftsinhabern und ihren Propagandachefs die Art der Warenanpreisung zu diktieren. Darin hat jeder freie Hand. Und wie frei die Hand ist, wie frei und weit der Erfindungsgeist sich entfalten kann, das merkt der Berliner wirklich in diesen Wochen. Man muß über den Ideenreichtum der Maler, Dekorateur, Architekten und Beleuchtungskünstler einfach staunen. Hier hat ein Geschäftsmann seine Schaufenster mit den grellbuntesten Plakaten zugestrichelt, auf denen er ankündigt, daß in seinem Geschäft der „rückwärtslosete Preisabbau“ stattgefunden hat; dort läßt einer eine wäckerne Göttin den ganzen Abbaulegen aus einem Füllhorn über die erstaunten Käufer und solche, die es werden sollen, ergießen. Jeder kleine Tofamenten- und Landwarenhandler hat seinen Saisonausverkauf. Oft sind es nur geschmacklos, fertig in den großen Druckereien zu laufende Plakate, die mit Reklame auf Fenster, Wände und Schaukästen geklebt werden. Dann aber markieren die großen Warenhäuser auf. Je nach ihrer Lage in der Stadt und dem sich hieraus rekrutierenden Publikum haben diese Saisonverkaufsstellen auch ihre Reklame abgestimmt.

Was ist billiger geworden?

Was durch Ankündigung außerhalb der eigentlichen Verkaufsräume vielleicht noch nicht erreicht ist, versucht man durch entsprechende Aufmachung im Innern zu erzielen. Der Schwerpunkt, um den sich aller Verkauf drehen soll, ist in den meisten Geschäften, besonders aber in den Warenhäusern, auf die Räume unmittelbar am Haupteingang verlegt. Hier konzentriert sich der Hauptangriff der Käufermassen. Berge von Kleiderstoffen, Wäsche und Bekleidungsartikeln aller Art, Wirkwaren, Hutfasern, Schlipfen, Kragen, Hofenträgern türmen sich dem Eintretenden entgegen. Man hat den Eindruck, als erstige Verkäufer ebenso wie Käufer den Waren aller Art.

zu erzielen ist. Wenn auch einige Einzelheiten der „Neuordnung“ als berechtigt anerkannt werden, z. B. die Verringerung der Stundenanzahl für die Schüler, die Förderung der Herstellung einer engeren Verbindung zwischen den einzelnen Lehrgangsstufen, die Einführung der Philosophie als eines Pflichtfaches, so muß die Berliner Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands doch mit Bedauern feststellen, daß der Minister den schulpolitischen Forderungen der bei weitem stärksten Koalitionspartei in keiner Weise Rechnung getragen hat.“

„Sie kennen mich schon...“

Der unlesbare Besuch auf dem Wohnungsamt Wilmersdorf.

Das viel angefeindete Wohnungsamt Wilmersdorf stand wieder einmal im Mittelpunkt einer kleinen Skandalaffäre, die sich jetzt in Form einer Beleidigungsklage gegen den Direktor und Syndikus Honke vom Rhyn vor der Berufungsinstanz der Landgerichts III abspielte.

Wie erinnerlich, ist gerade dieses Wohnungsamt in letzter Zeit zu wiederholten Malen Gegenstand von Angriffen gewesen, insbesondere als der Fall des bei ihm tätig gewesenen Stadtschreibers Leders aufgerollt wurde. Diese Entfaltungen und Angriffe sind zum größten Teil zurückzuführen auf den Angeklagten, der sich, wie das Gericht auch ausdrücklich anerkennt, in dankenswerter Weise und uneigennützig zur Aufgabe gestellt hatte, Mißstände bei den Wohnungsämtern aufzudecken und ihnen nachzugehen. Nach Ansicht des Angeklagten soll dadurch bei den Beamten des Wohnungsamtes eine feindselige Stimmung gegen ihn entstanden sein, die sich noch verstärkte, als der Fall Leders von ihm aufgedeckt wurde, da die Beamten des Wohnungsamtes sich noch am Tage vor der Verhaftung Leders mit diesem solidarisch erklärt hatten. Diese Gegnerschaft kam in unlesbarer Weise zum Ausdruck, als der Angeklagte an einem Tage, der kein Sprechtag war, mit einer Denkschrift in einer dringlichen Wohnungsangelegenheit auf dem Wohnungsamt erschien, nachdem er vorher eine Vereinbarung mit dem Stadtsyndikus Simm getroffen hatte, daß er mit dem Deputierten Siedel in der Sache verhandeln solle. Da sich von Rhyn nicht abweisen lassen wollte, sah die Beamten sein Verbleiben in den Räumen des Wohnungsamtes als ein unehrliches Eindringen an. Es entspann sich zunächst zwischen ihm und dem Stadtschreiber Honke eine scharfe Auseinandersetzung. Um den lästigen Besucher los zu werden, sollte er aus dem Wohnungsamt herausgedrängt werden, was nach Angaben von Honke „nach bewährter Taktik“ geschah. Dieses Hinausbringen ähnelte aber einem Hinauswurf. Der Angeklagte behauptet, daß sich plötzlich acht Beamte auf ihn warfen und ihn an die städtische Luft beförderten. Er wurde rosigrot die Treppe hinuntergeworfen. In der Erregung über diese Behandlungsgeschichte der Angeklagte den Ausdruck „Gefind!“ Wegen dieses Vorfalls stellte dem Rhyn zunächst keinen Strafantrag, da Stadtsyndikus Simm nach seiner Behauptung ihm ein disziplinarisches Einschreiten gegen die an der Auseinandersetzung beteiligten Beamten zugesichert hatte. Daraus hörte er aber nichts weiter, dafür erhielt er aber, als die Frist zur Stellung eines Strafantrages abgelaufen war, zu seinem Erstaunen eine Anzeige wegen Beleidigung. Da der Angeklagte in der der Prügelei vorangegangenen Auseinandersetzung dem Stadtschreiber Honke zugerufen hatte: „Sie kennen mich schon vom Leder her“, führte sich letzterer auch dadurch beleidigt, weil er hierin eine Gleichstellung mit den Schließungen Leders erblickte. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte Honke vom Rhyn auch wegen Beleidigung in beiden Fällen verurteilt. Die Berufungsinstanz bezeichnete das Hinauswerfen des Angeklagten auch als einen bösen Übergriff.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 4. Juli.
Tagesanstaltung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorkurs. Nachm. 12.35 Uhr: Ubersicht über das Zeitzeichen. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
8.30 Uhr bis 7 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Architekt Friedrich Paulson: „Ich richte mir mein Landhaus ein“. 8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. h. c. Damacko: „Bodenreform“. 9-10 Uhr abends: Früher Abend. Margarete Abler: Volkslieder; Gertrud Kennert: Heitere Vorträge; Alexander Floßburg: Lieder; Erwin Höhne: Fiktionslied. Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten.

Jeder kommt scheinbar maßlos in dem Wust umher, was einer hinlegt, nimmt der andere auf. Man sieht Sommerkleider für 2,50 M., Blusen für 58 Pf., Damenmäntel für 9 M., Tischentwäcker für 45 Pf. das halbe Dutzend. Die Kleider stehen in den Auslagen auf Puppen gezogen, auf denen sie sich, bei der entsprechend veralltäglichten Toilette der Figur, recht nett machen. Meist sind es aber kleine Nummern, die für normale Figuren zu eng und kurz sind und die animierte Käuferin muß dann eben für ein passendes Kleid mehr ausgeben. Aber es sind Waren, die bereits als Dekorationsstücke Verwendung fanden und nun angestaubt oder vernichtet sind und deshalb in Preise herabgesetzt werden müssen. Natürlich ist auch mancher Geschäftsmann — und es sollen nicht immer die Kleinsten sein — gezwungen, um jeden einigermassen tragbaren Preis einen Teil seines Warenlagers loszuschlagen, um seinen dringenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können. Die leidige Kreditnot zwingt eben diese, unter allen Umständen bares Geld zu machen. Dabei muß oft genug die Profitrate merklich herabgesetzt werden. Rost so ist es erklärlich, daß beispielsweise Luxuswaren zu offensichtlich stark reduzierten Preisen angeboten werden. Die Schuhindustrie befindet sich augenblicklich in einer schweren Krise. — Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Waren von minderer und Durchschnittsqualität wirklich billiger erstanden werden können, daß aber Qualitätswaren für die große Masse der Konsumenten immer noch zu hoch im Preise stehen.

Die Konsumgenossenschaft.

Den allgemeinen Gepflogenheiten im Geschäftsbetrieb kann sich natürlich bis zu einem gewissen Grade auch die Konsumgenossenschaft nicht entziehen, und so hat auch sie in ihren Warenhäusern einen Saisonausverkauf arrangiert. Ihr stehen allerdings nicht so gewaltige Reklameetats zur Verfügung wie den großen Privatwarenhäusern; die Genossenschaft muß deshalb durch die zur Verfügung stehenden Propagandamittel werden. Gefragt kann aber werden, daß durch verständnisvolle Beratung durch das Verkaufspersonal jeder Käufer nach Wunsch befriedigt werden kann, sofern nur einigermassen beachtet wird, daß zwischen dem Preis und der Qualität einer Ware ein untrennbarer Zusammenhang besteht. Die Konsumgenossenschaft ist stets bestrebt gewesen, ihren Mitgliedern in den Warenhäusern Waren anzubieten, deren Preis in einem gesunden Verhältnis zur Güte der Waren steht.

Eine wirkliche dauernde Preisfrenkung wird erst möglich sein, wenn im gesamten Wirtschaftsleben eine Gesundung eintritt und wenn dann die Rohstoffpreise und die Gewinnabsichten der Schlüsselindustrien auf ein erträgliches Maß gebracht sind. Durch Herabsetzung der Arbeiterlöhne bei der Fabrikation allein ist keine Preisfrenkung zu erzielen; sie vermindert nur die Kaufkraft der Massen und damit den Warenumsatz.

Im übrigen kam es jedoch wegen des Ausbruchs „Gefind!“ zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen formaler Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe. Wegen den Angeklagten Honke vom Rhyn war noch eine zweite Beleidigungsklage erhoben worden, die sich aus einer Zwangsvollstreckung des Wohnungsamtes gegen den Exortialen, den jugoslawischen Generalkonsul Komobanovic entwickelt hatte. Der Generalkonsul sollte seine Wohnung binnen 12 Stunden räumen, eine Maßnahme, welche der Angeklagte über das Aussächtige Amt und den Minister des Innern durch die Polizei verhindern ließ, indem diese ein Schutzkommando vor die Tür des Generalkonsuls setzte. In diesem Falle endete die Verhandlung mit einer Zurücknahme des Strafantrages.

Ungeheuliche Wohnungskündigungen.

Beizeit haben Hausbesitzer die allen Mietverträge, die nach ihrem Verfall zum 1. Oktober fällig sind, beim Ablauf der Kündigungsfrist vor dem 1. Juli gekündigt. Diese Kündigungen sind, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ungeheulich und unwirksam, sie widersprechen dem Gesetz über den Mieterschutz, das eine Aufhebung bestehender Mietverträge nur unter ganz besonderen Umständen zuläßt, aber nicht einmal den Hauswirt allein zur Kündigung berechtigt, sondern vorschreibt, daß die Aufhebung der Verträge nur auf Antrag des Hausbesizers im Wege der Klage durch das Gericht erfolgen darf. Die Kündigungen haben sicherlich den Zweck, für den Fall einer Aufhebung des Mieterschutzgesetzes schon jetzt zu versuchen, die Bahn für Mietsteigerungen bei dem Abschluß von neuen Verträgen oder bei der Verlängerung der alten Verträge freizumachen. Den Mietern, die solche Kündigungen erhalten haben, kann nur empfohlen werden, sofort dem Hausbesitzer schriftlich mitzuteilen, daß die Kündigungen unwirksam sind, weil sie den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen.

Lustpostpakete nach Rußland. Seit dem 25. Juni können gewöhnliche Pakete nach Rußland und Sibirien auch mit der Luftpostlinie Königsberg (Pr.)—Moskau versandt werden. Die Sendungen dürfen nicht mehr als 5 Kilogramm wiegen und in keiner Ausdehnung 60 Zentimeter überschreiten. Gesamte Beförderungsdauer Berlin—Moskau 22 Stunden. Der mit der Luftpost zu erzielende Zeitgewinn gegenüber der gewöhnlichen Beförderung nach Rußland ist bei Paketen noch bedeutend größer als im Briefverkehr. Die Pakete können für die Beförderung innerhalb Deutschlands auch als „dringend“ ausgeliefert werden. Näheres, auch wegen der Gebühren, bei den Postanstalten.

Das Rentenversicherungswert der Brüder Pinto, Neapel, findet nun endlich diesen Sonnabend auf der Brunnenwald-Bahn statt. Die Veranstalter haben für Bereitstellung von Extrazügen der Stadt-, Hoch- und Strohendbahn gesorgt, so daß die Din- und Rückfahrt in angenehmer Weise vor sich gehen kann. Näheres im heutigen Interat.

Der Cunapark veranstaltet am Freitag, den 4. Juli, zum Besten des Roten Kreuzes einen Wohlthatigkeitstag, an welchem außer dem Programm (u. a. der familiäre Redakt 5 Gedr. Köhler) eine Reihe von Sonderattraktionen zur Verfügung kommen.

Die Massenmordaffäre in Hannover.

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei in der Massenmordaffäre Haarmann haben an Hand von aufgefundenen Kleidungsstücken die Feststellung weiterer Vermittler ergeben, so daß die Zahl der festgestellten Opfer Haarmanns sich jetzt auf zwölf beläuft. Die genaue Anzahl der Morde wird sich kaum feststellen lassen. Am Mittwoch nachmittag fand eine Vernehmung Haarmanns vor dem Untersuchungsrichter statt. Er wiederholte dort seine vor der Kriminalpolizei gemachten Angaben. Haarmann bestreitet, daß die in der Leine gefundenen Schädel von seinen Opfern herrühren. Vielmehr will er alle Schädel erschlagen und dann erst befreit haben. Ferner bestreitet er, daß der in der Leine gefundene Saft mit Knochen von seinen Opfern herrühre. Er will auch kein Fleisch an andere Personen abgegeben haben. Haarmann hat nach seiner Aussage seine Opfer im Bett ersticht und am nächsten Tage in der Bohnung die Körper nur zu dem Zweck zerstückelt, um die Spur seines Verbrechens zu beseitigen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Meist bewölkt mit leichten Regenschauern und später Abkühlung.
Für Deutschland: Zunächst bewölkt mit Regenschauern, Abkühlung und allmählich fortschreitender Aufhellung.

Theater Lichtspiele
u. s. w.

Volksbühne
7 1/2 Uhr
D. Kreuzschreiber
Ewa Kik / Karl Köster
Leo Pankert / Emil Lind
Julius Sachs / Otto Sauer-Sachs

Staats-Theater
Opernhaus
am Königsplatz
Täglich 7 1/2 Uhr
Polenblut

Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Minna
von Barnhelm
Deutsch-Theater
Sommerpreiszeit
Dresden: Das und Sonst
Tägl. 8 Uhr
Max Hofert u. Max Lande
in

Clubleute
Kammerspiele
Sommerpreiszeit
Dresden: Das und Sonst
Tägl. 8 1/2 Uhr
Die Freundin
Seiner Exzellenz

Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Der Vogelbändler

Th.-L. Admiralspalast
7 1/4 u. 9 Uhr
11 Monate
zusätzlich auf dem Spielplan
ist die große neue
Drauer u. drüber

Deutsch. Opernhaus
Aufführ. Kammeropern
Richard Tauber
7 1/2 u. 9 Uhr
Ein Märchen
aus Florenz

Intimes Th. 8 U.
Laut doch nicht
immer nachts herum
Metropol-Theater
Der Weitschläger
8 U. Mascottchen
Specht von Waise Emma
mit Alice Hechy

Tribüne 8 Uhr:
Doktor Stieglitz
F. Lobe / P. Morgan

Thalia-Theater
8 Uhr: Frasquita
8 U.: Trübsinn-Th.
Sommer-Dir. R. Pirk
Ein Schwank
der Liebe
Olga Limburg

Kleines Theat.
Tägl. 8 Uhr:
Anatol

Sonnabend, 5. Juli 1924 **Sensationelles** Grunewald- Rennbahn
Riesen-Kunstfeuerwerk
der Brüder Pinto (Neapel)
veranstaltet von der Berliner Sportpalast A. G. verbunden mit Feuerwerkspende.
1 Speisezimmer 1 Herrenzimmer 1 Schlafzimmer
v. d. Firma August J. Schultze, Berlin, Invalidenstr. 145. Die Möbel sind bei der Firma ausgestellt.
25 Riesenfronten Neueste in Berlin noch nie gesehene Schöpfung
3gr. Militärkapellen Volkstümliche Eintrittspreise
Kasseneröffnung 6 Uhr
Konzertbeginn 7 Uhr
Ständ. Autobusverkehr
Extrazüge der Stadt-, Hoch- und Straßenbahn

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Rigoletto**
(Sommerpreise)

LUNAPARK
Freitag, den 4. Juli:
Wohltätigkeitstag zum Besten des
Roten Kreuzes
Einmaliges Gastspiel des russ. Balletts
Schwanensee
Maria Juriewa/Wj. Swoboda
14 Personen
Eintritt 1 Mark
von 4 bis 11 Uhr: **voller Betrieb**
sowie zahlreiche Sonderveranstaltungen.
Vera Korally

Wundergarten
Varieté-Spielplan!
Kauschen gestattet!
Gäde Nähgarn
kauft
Siedlinger Str. 46
Sieben 4961

Was trinken wir?
Kühle Limonaden, selbstbereitet aus
Reichels
Limonaden-Sirup-Extrakt
Himbeer, Kirsch, Citronen-, Orangen-Aroma etc. Köstlicher Fruchtgeschmack. Der Kinder liebste Getränk. Vorzüglich auch als Speisebeigabe. Eine Flasche ergibt 3 1/2 Pfd. Limonadensirup **M. 0,75**, 1/2 Flasche **M. 0,45**. In Drogerien u. Apoth. erhältlich, sonst bei **Otto Reichel, Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4**. Man nehme nur Marke **Lichterz**, die Qualität verbürgt.

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Bilanz per 31. Dezember 1923

AKTIVA	Millionen M
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	13 392 975 440 000
Wechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen	5 623 866 270 000
Nostraguthaben bei Banken und Bankfirmen	58 735 256 820 000
Reports u. Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	4 156 048 460 000
Vorschüsse auf Waren und Warenverschreibungen	3 965 308 410 000
Eigene Wertpapiere	10 000 000
Konkursabteilungen	10 000 000
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	10 000 000
Debitoren in laufender Rechnung	70 414 914 364 052
Verechnungsposten mit Niederlassungen und Filialen	3 438 655 270 000
Bankeinlagen	10 000 000
Sonstige Immobilien	10 000 000
	139 979 713 340 052

PASSIVA	Millionen M
Aktienkapital	
Stamm-Aktien	1000 000 000
Vorzugs-Aktien	100 000 000
Reserven einschl. Vortrag aus 1922	3 257 000 000
Kreditoren	153 190 784 380 000
Akzepten und Schecks	504 290 000 000
Rechnerischer Ueberschuss	6 252 000 000 000
	159 947 075 034 052

Gewinn- und Verlust-Rechnung
per 31. Dezember 1923

VERLUST	Millionen M
Handlungsg.-Unkosten-Konto	9 353 150 870 052
Steuern	1 154 482 410 000
Rechnerischer Ueberschuss	6 252 000 000 000
	10 759 634 280 052

GEWINN	Millionen M
Vortrag von 1922	52
Zinsen-, Wechsel-, Sorten- u. Zinsschein-Konto	9 064 153 210 000
Provisions-Konto	7 695 476 070 000
	16 759 634 280 052

Vergnügungspark **ULAP** am Lehrter Bahnhof
verschenkt
vom 5. bis 15. Juli
20 Geschenke 20
1 fabriktunes Allt-4-Sitz-Phaeton u. Limosine-Aut.
1 S.-B.-Automobil (Kleinkraftwagen)
Eine elegante 3-Zimmer-Einrichtung | Emmlers
Speisezimmer, Schlafzimm., Küche | Möbelfabrik
1 Standuhr, 1 Salontisch, 3 Sprechmaschinen
und
10 Fahrräder
Jeder Inhaber einer Eintrittskarte vom 5.-14. Juli hat Aussicht, bei der Feststellung am 14. Juli eines dieser Geschenke zu erhalten
Heute Freitag: Ausnahmetag
Jeder Besucher eine Attraktion frei!
Konzert, Feuerwerk und die Attraktionen
Beginn 4 Uhr

Stellenangebote!
Waden im Vorwärts
beste Beachtung!
Meine Frau war über 50 Jahre
alt einer **Flechte**
befallt. Rein
gelindes Flechten hatte sie
auf dem Heide. Durch Zucker's
Patent-Medizinal-Selz wurden die
Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese
Selz ist Kaufende wert. **Dr. W.**
Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend
und fettig). In allen Apotheken,
Drogerien u. Parfümerien erhältlich.
Metallbetten
Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

5. Juli **Sonnabend** 5. Juli
Treptow im Feuerzauber
Riesen-Frontfeuerwerk

Rose-Theater
8. D. Mustergatte
Gartenbühne 7 1/2 u.
Durch Dick u. Dünn
Theater u. Kottbus-Tor
Täglich 8 Uhr:
Elie-Sänger
Urokartiges
Juli-
Programm
u. s. w.
Die Lieblingskass
des Maharschal
Reichshallen-Theater
Täglich 8 Uhr:
**Stettiner
Sänger**
Deutschland erwache!
Zum Schluß: Ein
Musikantenraum
Dönhoff-Brettel
Anf. 7 1/2, Sonnt. 8 U.
Gr. Varieté-Prgr.
Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte,
Büchlein Preis. Groß Lager
Georg Wagner
Göpenicker Str. 71
Ede Lagerhaus

SIL
Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zu Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Resenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Senkfußeinlagen

Diese →  **oder**  Diese →
Harte Metallsohle mit starrer Wölbung
Die **Pneumette** mit dem weichen schmiegsamen Luftkissen

Wählen Sie selbst

Stahleinlagen wirken in keiner Weise so wohltuend wie das Luftkissen.
Ich befiätige dankend, daß ich mit Ihrer Schuheinlage sehr zufrieden bin. Ich trage schon seit vielen Jahren Stahleinlagen, aber dieselben wirkten in keiner Weise so wohltuend wie das Luftkissen. Da ich am rechten Fuß einen orthopädischen Apparat trage und daher das ganze Körpergewicht auf das linke, gesunde Bein fällt, so ermüdet mein Fuß seit Benutzung der Pneumette in keiner Weise mehr so wie früher.
Allen jenen, die viel laufen müssen und solchen, die einen orthopädischen Apparat tragen, kann ich Pneumette nur aufs wärmste empfehlen.
J. H., Straßenbahnschaffner, W.

Die Schmerzen in den Knöcheln sind wie weggeblasen.
Ich bin außerordentlich zufrieden mit Ihrer Pneumette. Nachdem ich mit Einlagen, welche nach Gipsabguß gefertigt waren, sehr schlechte Erfahrungen machen mußte, schon weil sie mir bei längerem Gehen große Schmerzen bereiteten, habe ich mich zur Anwendung Ihrer Pneumette entschlossen, und zwar mit einem ungeahnten Erfolg. Die Fußschmerzen, insbesondere die Schmerzen in den Knöcheln, sind wie weggeblasen, auch der Rheumatismus in den Beinen, besonders im Kniegelenk, ist spurlos verschwunden. Sie können meiner Wetterempfehlung sicher sein.
Hans H., Bankbeamter, Stettin.

Das längere Stehen macht keine Beschwerden mehr.
Seit drei Wochen habe ich Ihre Pneumette in Gebrauch. Ich machte bis zum heutigen damit sehr gute Erfahrung. Die Schmerzen haben nicht nur beim Gehen aufgehört, sondern insbesondere macht das längere Stehen keine Beschwerden mehr. Ihre Pneumette habe ich schon bei mehreren Bekannten empfohlen.
Helene G., Baumensgattin, München.

Wirkung bei schwerem Fußleiden großartig.
Ich verwende Ihre Pneumette seit dem Aufkaufen, die Wirkung ist großartig. Ich konnte trotz meines schweren Fußleidens (Plattfuß) sofort stundenlang gehen; nach mehrmonatigem Gebrauch hat sich mein Fuß soweit gebessert, daß ich sogar ohne Einlagen gehen kann. Natürlich werde ich das nicht auf die Dauer machen. Ich kann allen Fußleidenden Ihre Pneumette nur aufs wärmste empfehlen.
W. R., Kellner, München.

Mit Pneumette bequemes Gehen und sicheres Stehen.
Mit den Pneumette-Einlagen habe ich die besten Erfahrungen gemacht. Die Einlagen ermöglichen ein bequemes Gehen und sicheres Stehen, bieten dem Fußgewölbe eine feste Stütze und geben doch beim Springen oder ähnlichen Bewegungen den Erschütterungen der Füße etwas nach, so daß die Pneumette-Einlagen jederzeit getragen werden können. Ich kann die Einlagen allen empfehlen, die Anlagen zu Plattfüßen oder ein sonstiges Leiden haben.
E. S., Oberkellner, Berlin.

Kann mir die Reise ins Moorbad ersparen.
Bin mit Ihrer Pneumette-Einlage sehr zufrieden und werde sie stets empfehlen. Wollte diesen Sommer, meiner immerwährenden Kniebeschwerden wegen, die ich für Rheuma hielt, in ein Moorbad gehen. Die Schmerzen haben sich fast ganz verloren und kann ich mir die Reise ersparen.
Frau Emilie R., Apothekerswitwe, S.

Moorbäder ohne Erfolg, durch Pneumette Hebel wie fortgezaubert.
Nachdem ich 1 1/2 Jahre fußleidend und die zwei Verze, welche ich darüber befragte, Rheumatismus konstatierten, las ich von Ihrer Pneumette. Hatte meine letzte Hoffnung darauf, denn ich konnte wirklich nicht mehr laufen, hatte Schmerzen bis an die Augen und hinten. Im Sommer war ich noch in Bad Kribling und nahm dort Moorbad, ohne Erfolg, sobald ich längere Zeit ging, kam der Schmerz wieder. Nach Erhalt Ihrer Pneumette war das Hebel wie fortgezaubert, ich bin selbst ganz glücklich darüber. Frage nun seit November 1922 Ihre Pneumette und kann sie nur bestens empfehlen. Habe zuvor kurze Zeit Bedereinlagen getragen, ohne jeden Erfolg, auch Stiefel genau nach dem Fuß mit Einlagen bauen lassen, ohne Erfolg. Nun kann ich den ganzen Tag laufen, ohne etwas zu ermüden; ohne Einlage kann ich nicht mehr gehen. Habe Ihre Pneumette schon manchen empfohlen.
Frau U. H., in Berlin.

Stehen in der Ferse verschwunden.
Ich verspürte an der linken Ferse, wohl infolge einer Fußentzündung, heftiges Stehen, das mich an längerem Gehen und Stehen hinderte. Nach Einlage einer Pneumette fühlte ich sofort eine wesentliche Besserung, und heute, nach etwa vierwöchigem Gebrauch der Einlage, ist für mich längeres Stehen und Gehen wieder schmerzlos.
Professor H., in Berlin.

Kann Pneumette jedem bestens empfehlen.
Bin mit den Fußstühen sehr zufrieden. Ich habe mir diese zugelegt, um allen Fußleiden vorzubeugen. Ich kann sie jedem aufs beste empfehlen.
Frau U. S., Gastwirtsgattin, D.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unverwüßlich, auch beim stärksten Gebrauch. Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette kostenlos 8 Tage zur Probe.
Überzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils
Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgenstationen, Leipziger Straße 64 (11-2 u. 4-6) und Friedrichstraße 179 (11-1 u. 3-6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:
Leipziger Straße 64
Tautenzienstr. 20
Friedrichstr. 179
Königstr. 34
Moabit, Turmstr. 50
Neukölln, Bergstr. 7/8
Friedenau, Rheinstr. 14
Oranienstr. 34
Oranienstr. 47a
Müllerstr. 3a

Reform der Parlamentsarbeit.

Praktische Vorschläge.

Von Paul Böbe.

Kürze der Redezeit, Konzentrierung der Aussprache, lebhaftere Diskussion der Sprecher der verschiedenen Parteien in freier Rede und Gegenrede statt des stundenlangen Ablesens präparierter Eklavorte habe ich in meinem ersten Artikel als Mittel einer rationellen Erledigung der Aufgaben des Parlaments besprochen. Außerdem verwies ich darauf, daß der Reichstag durch Begrenzung der Redezeit auf eine Stunde, 45, 30 und 20 Minuten für bestimmte Fragen einen ersten Schritt auf dem Wege getan und damit seine eifrigsten Arbeiten in der letzten Juniwoche gefördert hat.

Soll aber das wünschenswerte Verständnis zwischen Volk und Volksvertretung wiederhergestellt werden, dann muß auf diesem Wege weiter geschritten werden, zunächst durch Erhöhung der Initiative des Parlaments. Schließlich will die Wählerschaft nicht nur, daß ihren Schmerzen in schwingenden Reden Ausdruck gegeben wird. Sie hat auch Anspruch darauf, daß der Reichstag aus eigener Initiative gesetzgeberische Fragen zum Abschluß bringt, zu denen die Regierung selbst einen Entschluß nicht fassen kann oder zu denen ihr Angesichts anderer Aufgaben nicht Zeit genug bleibt. Diese Initiative hat unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse und der innenpolitischen Verwirrung fast ganz geruht. Anträge auf festes Zugreifen in der Siedlungsfrage, die die Bodenreformer immer wieder anregten, sind nicht in Angriff genommen worden. Eine Reform des Strafrechts wie die dringende notwendige Änderung der Paragraphen wegen Unterbrechung der Schwangerschaft oder des Zivilrechts, wie die Ehescheidungsreform, kamen nicht zur Verhandlung. Ja selbst zu einer Abstellung der Uebelstände des gegenwärtigen Wahlrechts wurde die Hand nicht rechtzeitig angelegt. Die Schwereinstage, für solche Initiative bestimmt, fielen aus, und die Anträge blieben oft vom Beginn bis zum Ende der Legislaturperiode liegen! Der Reichstag muß aber auch dafür Zeit übrig haben, wenn er sich in der früher ausgeführten Weise konzentriert. Er wird dann solche Materien mit Ernst und Festigkeit in Angriff nehmen und ohne sie verpumpen zu lassen, ihrer Entscheidung zuführen. Bilettiert wird er dabei auch eine Reihe Ferienstage opfern müssen. Die zurückgebliebene Zeit war schon aus angebotenen Gründen für die Erledigung solcher Aufgaben sehr ungünstig. Dazu kam die Unterbrechung der Sitzungen durch das Ermächtigungsgesetz und die Neuwahlen, so daß in der Zeit vom 1. Dezember bis zum 30. Juni, also in sieben Monaten, nur an 30 Tagen Sitzungen abgehalten wurden. Der neuen Unterbrechung, mit außenpolitischen Verhältnissen begründet, hat ein Teil unserer Abgeordneten deshalb ernstlich widersprochen. Parteien, die nur Anträge stellen, die sie feierlich publizieren und dann einfach liegen lassen, weil sie eben „nicht dran gekommen sind“, täuschen die Wählerschaft, machen ihr blauen Dunst vor. Dazu sollte ein gewissenhafter Volksvertreter seine Hand nicht reichen.

Ferner sollten sich die Parteien überlegen, ob nicht eine Übernahme der Gewohnheit des englischen Unterhauses, kurze politische Fragen zu stellen mit sofortigen Antworten der Regierung, bei uns eingeführt werden könnte. Damit erhöht sich die Bedeutung des Parlaments und das Interesse des Volkes, der Einfluß der Volksvertretung überhaupt und es verjüngt sich die jetzt schwerfällige Methode der Interpellationen. Wenn die Sozialdemokratische Partei in einem einzigen Satz fragt: „Gedenkt die Regierung bis zum 1. September einen Antrag auf Eintritt in den Völkerbund zu stellen?“, so kann in der übernächsten Sitzung der Minister des Auswärtigen eine vorläufige oder endgültige Antwort geben, ohne daß durch Fristenabhaltung und Vertagung eine solche Antwort um 4 bis 6 Wochen hinausgezögert wird. Wenn die Kommunisten eine kurze Anfrage stellen — freilich müßte es eine kurze Frage sein —: „Gedenkt der Minister das Verbot der „Roten Fahne“ aufzuheben?“, so kann eine kurze Antwort bald darauf erfolgen, ohne daß der Reichstag acht Tage hintereinander unnötige Zeit den Geschäftsordnungsdebatten darüber opfert. Wenn bei dieser Gelegenheit Regierungsräte und Abgeordnete ein wenig aus der Dohentour heraus zur klaren Erledigung politischer Fragen kommen, so wäre das wirklich kein Fehler.

Durch Einführung solcher beweglicher Methoden wäre schon viel gewonnen, um das Parlament seinem eigentlichen Zweck auch in Deutschland dienstbar zu machen. Es ist ein unbefriedigender Zustand, wenn das Parlament nur tagt, wenn die Regierung ihm Aufgaben zuweist, und wieder verschwindet, sobald diese Aufgaben erledigt sind. Es muß von sich aus vorwärts treiben, Initiative entwickeln, Anstöße geben. Dazu ist allerdings auch eine innere Erneuerung und größere Beweglichkeit wünschenswert. Eine Reform des Wahlrechts mit dem Ziele der kleineren Wahlkreise und der Verminderung der Abgeordneten gibt dazu die Handhabe. Der augenblickliche Zustand mit den vielen Pausen ermöglicht die Regierung, „Ermächtigungen“ auszunutzen, die sie nicht im Sinne des Parlaments erfüllt, man denke nur an die reaktionäre Wendung in der Besoldungsfrage.

Wer Anhänger des parlamentarischen Systems ist und in ihm die einzige für Deutschland mögliche Regierungsform sieht, sollte dabei mitwirken, dieses System vor Verkümmern zu wahren und zu lebendiger volkstümlicher Arbeit fähig zu machen.

Ein kommunistischer Kurier verhaftet. Am Münchener Hauptbahnhof wurde der Berliner Stadtverordnete Kestel festgenommen, der als kommunistischer Kurier tätig war. Bei ihm wurden wichtige Dokumente vorgefunden und beschlagnahmt.

Wirtschaftsnot und Mittelstand.

Gewerbedebatte im Landtag.

Das Haus stimmte gestern debattielos einem Antrag des Hauptauschusses zu, der von der Regierung schleunige Hilfsmassnahmen für die im Juni in den Kreisen Düsseldorf, Neuf, Gredendrich, Kirchhain, Fulda, Hersfeld, Hofgeismar und Frankenberg durch schwere Unwetter Geschädigten verlangt.

Dann wird die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Abg. Drewitz (Wirtschaftspartei) erklärt, seine Partei betrachte das Sachverständigen Gutachten der drohenden neuen Inflation gegenüber als das kleinere Übel. Darum habe sie ihm im Reichstag zugestimmt. Der Redner wendet sich gegen die von den Preisprüfungsstellen und der Wucherpolizei gegen den Kleinhandel angewandte Praxis, die ungerichtet sei und den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche. Durch Staatsbetriebe dürfe dem selbständigen Gewerbe nicht Konkurrenz gemacht werden. Im Wohlfahrtsministerium werde z. B. von Beamten ein schwunghafter Handel mit allen möglichen Waren getrieben. (Hört, hört!) Die Hauszinssteuer sei ein ganz ungeeignetes Mittel, um den Baumarkt zu beleben.

Die Abgg. Fink (Z.) und Goll (Dem.) beantragen Herabsetzung der übermäßigen Beherbergungssteuer.

Handelsminister Siering

betont, die allgemein anerkannte Not des gewerblichen Mittelstandes sei nicht durch Sünden der Reichs- und Staatsregierung verschuldet worden, sondern die Folge der Inflationsperiode und der Kreditnot.

Deutschnationale Theoretiker



In Punkto „Sachverständigen Gutachten“ gibt es bei uns Deutschnationalen grundsätzlich zwei Anschauungen, erstens die der Leute, die das Gutachten gelesen haben und die derjenigen, die es ablehnen.

Um so wichtiger sei es, der Wirtschaft schleunigst neues Blut zuzuführen. Dazu sei aber die Voraussetzung, daß die mit dem Sachverständigen Gutachten zusammenhängenden Gesetze recht bald verabschiedet werden. Ein planmäßiger Abbau aller Zwangsbestimmungen für die Wirtschaft sei notwendig. Ueber eine Amnestie für diejenigen, die sich in den Maschen der Zwangswirtschaftsgesetzgebung gefangen haben, werde sich reden lassen. Die Beherbergungssteuer könne in ihrer jetzigen Höhe nicht aufrechterhalten werden, wie überhaupt eine schleunige Revision der ganzen Steuergesetzgebung dringend erforderlich sei.

Die Notlage des Handwerks

sei unbestritten. Gerade darum sei es nicht zu rechtfertigen, wenn ein Handwerkskammerbezirk 650 000 Geldmark für ein neues Gebäude aufwendet und eine andere Handwerkskammer an Repräsentationskosten das Zehnfache der Vorkriegszeit verbraucht. Das verträgt sich nicht mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. (Zustimmung bei den Demokraten.) Der Minister sagt schließlich Hilfsmassnahmen für das Bauhandwerk zu. Die Frage des Promotionsrechts der Handelshochschulen werde in nächster Zeit zum Gegenstand eines Kabinettsbeschlusses gemacht werden.

Abg. Frau Dr. Lauer (Z.) bedauert den Rückschritt, der im Berufsschulwesen eingetreten sei, besonders durch die Einschränkung der Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen.

Abg. Oster (Soz.) sieht die Ursache der passiven Handelsbilanz darin, daß die deutsche Industrie mit Ueberweltmarktpreisen und Unterweltmarktlöhnen arbeite.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Münchmeyer (D. Sp.), Drewitz (Wirtschaftspartei), Frau Luderwig (Komm.) und Dr. Grund (Dem.) schließt die Aussprache.

Die Abstimmungen über die Anträge werden vertagt. In der Einzelberatung des Haushalts wünscht Abg. Frau Hanna (Soz.) Vermehrung der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die Abgg. Frau Lehmann (Dnat.) und Frisch (Soz.) fordern Verbesserung der trostlosen Lage der Heimarbeiterinnen. Es folgt hierauf die zweite Beratung des Haushalts der

Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. Dr. v. Waldhausen (Dnat.) sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Sachverständigen im Dames-Gutachten die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit überschätzt hätten. Der Ruhrbergbau sei in einer trostlosen Lage und könne die furchtbare Last der Ricum-Verträge unmöglich allein tragen. Das Schlichtungswesen müsse verbessert werden. Wenn es mit den Streiks und Ausperrungen so weiter gehe, wie in der letzten Zeit, dann könne die deutsche Wirtschaft unmöglich wieder hochkommen. Der Redner wendet sich scharf gegen die Erwartung der Reichsbahn, die auf den Ruhrbergbau nicht die mindeste Rück-

sicht nehme. Der Ruhrbergbau leide an einer katastrophalen Abfuhrverminderung, ebenso der Kalbergbau.

Abg. Cimberg (Soz.) fordert die Regierung auf, die deutsche Gewinnung der Bevölkerung des Saargebiets auch dadurch weiter zu fördern, daß für die Unterbringung der dort von den Franzosen ausgewiesenen Grubenbeamten gesorgt wird. Der Ruhrbergbau leide sehr unter den Ricum-Kosten. Zu diesen Kosten wäre es aber nie gekommen, wenn nicht die Sinnes- und Genossen durch Sabotage der Erfüllungspolitik systematisch auf die Ruhrbefahrung hingewirkt hätten. (Widerpruch und Unruhe rechts, Beifall bei den Soz.)

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die Weiterberatung auf heute vertagt. Schluß 8 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Weiterberatung, keine Vorlagen, Anfrage betr. Ausgewiesenenfürsorge.

Wirtschaft

Die Wirkung der Teilung Oberschlesiens.

Die Berichte der Preussischen Handelskammer über die Wirtschaftslage im Monat Juni enthalten auch eine längere Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien seit der Teilung, die jetzt vor zwei Jahren erfolgte. Es heißt da u. a.:

Von der Zerschneidung des ober-schlesischen Industriebezirks hatten alle unvoreingenommenen Sachkundigen die größten Schwierigkeiten namentlich für dessen polnisch gewordenen Teil im besondern insofern befürchtet, als sie voraussetzten, daß die dortigen Werke ihren Absatz nach Deutschland verlieren würden, während sie bezweifeln zu müssen glaubten, daß es gelingen würde, diesen größten Teil der ost-schlesischen Produktion in Polen oder anderswo unterzubringen. Diese Befürchtungen haben sich, soweit sie den deutschen Absatz betrafen, in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 und im Jahre 1923 noch nicht voll verwirklicht. Zwar werden die ost-schlesischen Industriewerke namentlich durch die Mängel des Eisenbahnverkehrs schwer geschädigt, dessen reibungsloser Abwicklung die polnische Verwaltung nicht gewachsen ist. In gleichem Sinne wirken die mit der Errichtung der Zollgrenze — besonders unter den komplizierten Verhältnissen des Genfer Abkommens — unvermeidlichen Störungen und Verzögerungen der Beziehungen nach Deutsch-Oberschlesien, sowie nach dem Deutschen Reich überhaupt. Aber bei der wirtschaftlichen Lage, wie sie sich in Deutschland in den letzten anderthalb Jahren besonders seit der Ruhrbesetzung entwickelte, fielen die dadurch verursachten Verteuerungen der ost-schlesischen Produktion nicht so sehr ins Gewicht. Bei dem Heißhunger nach Kohle und Eisen, der sich im Jahre 1923 infolge des Ausfalls des Ruhrgebietes bei allen deutschen Verbrauchern entwickelte, konnte die ost-schlesische Industrie ihre Erzeugnisse in der ihr gewohnten Richtung auch nach der Teilung absetzen. Der polnischen Republik war damit eine Uebergangsfrist gegeben, in der sie zeigen konnte, ob es ihr möglich sein würde, dem neu erworbenen Bezirk neue Absatzwege und -gebiete zu erschließen. Nichts oder doch nichts Wirkliches ist zu diesem Zweck geschehen. Wohl ist auf die polnisch gewordenen Werke im Sinne ihrer Polonisierung eingewirkt worden, indem sie zur Annahme polnischer Beziehungen, zur Einstellung polnischer Beamten, zur Verlegung ihrer Hauptverwaltungen nach Polen veranlaßt wurden. Der Ausschlebung der deutschen Kapitalien gälten mancherlei Bemühungen. Aber neue Eisenbahnen und Wasserstraßen, die dem Absatz neue Wege hätten weisen können, sind nicht geschaffen worden. Die Staatsaufträge blieben aus oder waren nur unzureichend. Als in Deutschland seit der Stabilisierung durch die Heraushebung der Arbeitszeit, durch planmäßige Reduktion entbehrlicher Arbeitskräfte, durch Lohnabbau und größte Sparlichkeit auf allen Gebieten die Verbilligung der Produktion mit größter Energie betrieben wurde und gleichzeitig auch die Nachfrage infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nachließ, konnte es nicht ausbleiben, daß den ost-schlesischen Werken, namentlich der Eisenindustrie, der Absatz nach Deutschland mehr und mehr unterbunden wurde. Infolge der Belastungen durch die polnische Währungsreform, ferner durch hohe Löhne, durch ungenügende Arbeitszeit, an deren Abbau bzw. Neuregelung erst sehr spät gegangen wurde, ist sie diesseits der Grenzen konkurrenzunfähig und bereits zu beträchtlichen Einschränkungen ihrer Produktion gezwungen worden. Der ost-schlesische Steinkohlenbergbau konnte aus dem Ruhestreit in Deutsch-Oberschlesien beträchtlichen Nutzen ziehen. Im ganzen aber ist seine Lage kaum günstiger als die der Eisenindustrie. Wird noch in Betracht gezogen, daß im nächsten Jahre die Zollfreiheit fortfällt, die bis dahin nach dem Genfer Abkommen den ost-schlesischen Erzeugnissen für die Einfuhr nach Deutschland zusichert, so ist gewiß die Zukunft der an Polen abgetretenen ober-schlesischen Industrie nicht ernst genug zu beurteilen. Die Teilung hat schwerer Unheil über Oberschlesien, insbesondere über seinen polnisch gewordenen Teil gebracht, wie sich aller Voraussicht nach immer mehr zeigen wird.

Soweit der Bericht. Bezeichnend ist der große Nachdruck, mit dem die berichtserstattende Handelskammer Opperin die Wirkung der niedrigeren Löhne und der verlängerten Arbeitszeit auf die Konkurrenzfähigkeit der polnisch-oberschlesischen Industrie betonte. Hier scheint sich also schon in gewisser Weise das soziale Dumping auszuwirken, das von gewissen Unternehmernkreisen so lebhaft propagiert wird.

Goldbilanz der preussischen Staatsbank.

Die Preussische Staatsbank (Seehandlung) legt als erstes Bankinstitut eine Goldmarkenbilanz vor. Die Privatbanken haben bisher die Veröffentlichung von Goldmarkenbilanzen unter Hinweis auf die Bewertungsschwierigkeiten verzögert. Um so bemerkenswerter ist der Versuch des staatlichen Instituts, seine Vermögenslage einwandfrei klarzustellen.

Die Staatsbank verfügte nach der letzten Erhöhung ihres Grundkapitals zu Beginn des Geschäftsjahres 1923 über ein Grundkapital von 560 Millionen Papiermark. Die letzte Einzahlung auf die letzte insgesamt 400 Millionen M. betragende Kapitalerhöhung von 360 Millionen Papiermark stößt der Bank bei einem Dollarkurs zu, an dem diese 260 Millionen nur noch einen Wert von 150 413 Goldmark darstellen. Jetzt, nach Umstellung der Bank auf die Goldmarkrechnung, ergibt die neue Eröffnungsbilanz ein Grundkapital von 10 Millionen Goldmark und

Von köstlich erfrischendem, würzigem Geschmack. — Die stundenlanganhaltende, antiseptische Wirkung konserviert die Schleimhäute und aromatisiert gleichzeitig den Atem.



Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. — Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnbelages ist augenfällig.

J. G. MOUSON & CO. Gegründet 1798 in Frankfurt a. M. • Hersteller des weltbekannten Hautpflegemittels CREME MOUSON

außerdem Rücklagen von 3 Millionen Goldmark. In diesen Ziffern drückt sich also die Kapitalkraft aus, die das Institut aus der Zeit des allgemeinen Substanzschwundes gerettet hat. Der Verwaltungsbericht bemerkt dazu, daß diese 13 Millionen M. etwas mehr als ein Zehntel des Goldmarkbetrages darstellen, den die Staatsbank durch den Preussischen Staat überwiesenen gesamten Kapitalbeiträge von zusammen 560 Millionen M. im Goldwerte bargelegt haben. Die besonderen Gründe, die über die allgemeinen hinaus bei der Preussischen Staatsbank zu dem erheblichen Kapitalschwund geführt haben, liegen im dem Charakter der Bank als

öffentliche Anstalt, der es der Seehandlung unmöglich machen, die Konjunktur in gleich rücksichtsloser Weise auszunutzen wie andere Großbanken. Sie mußte ihre flüssigen Gelder gerade in der Zeit schärfster Geldentwertung meist in Papieren anlegen, die von der Inflation am schärfsten getroffen wurden. Erst spät konnte sie sich wertbeständige Anlagen sichern, die sich Privatinstanzen schon lange nutzbar gemacht hatten.

Die neue Goldbilanz weist einen Kassenbestand von 7,736 Millionen Mark und einen Wertpapier- und Edelmetallbestand von rund 6 Millionen auf. In diesen Posten sind auch die verhältnismäßig geringen Devisenbestände enthalten. Lombarddarlehen erscheinen mit 14,6 Millionen Mark und des Betriebskapital des Staatlichen Leibamts mit rund 22 000 M. Schuldner erreichen die Gesamthöhe von 69,92 Millionen Mark; hier von entfallen u. a. 42,6 Millionen auf Borschüsse an Behörden und 13,15 Millionen auf Borschüsse in laufender Rechnung. Gläubiger haben insgesamt 90,13 Millionen Mark zu fordern; hier betragen die Guthaben von Behörden und öffentlichen Anstalten 51,6 Millionen und die Guthaben in laufender Rechnung 28,9 Millionen. Die Wiedergabe der Ziffern der in Papiermark geführten Gewinn- und Verlustrechnung für 1923 erübrigt sich, da diese Zahlen ja nur ein historisches Interesse haben.

Abschließend sagt der Verwaltungsbericht zu der Goldmarkbilanz und über das wirtschaftliche Zukunftsprogramm der Bank, das zum Teil auch das des Landes sein muß:

„Wenn die Staatsbank wohl als erste Großbank mit ihrer Goldmark-Eröffnungsbilanz an die Öffentlichkeit tritt, so tut sie dies mit allem Freimuth und mit dem Bewußtsein, in dem ihrem Geschäftsbetrieb gesteckten Rahmen unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Berücksichtigung der öffentlichen Interessen der Erhaltung ihrer Substanz voranzustellen zu haben. Daher glaubt sie auch das zahlenmäßige Ergebnis dieses ihres Geschäftsjahres verantworten zu können. Ihr war es im Laufe ihrer mehr als 150jährigen Geschichte gelungen, das ihr ursprünglich vom Staate überwiesene Kapital in voller Höhe zurückzugeben und darüber hinaus ein Kapital von etwa 34 Millionen Mark anzusammeln. Mit ihren verhältnismäßig geringen Mitteln hätte sie ihre Aufgaben erfüllen können, bis es dem Staate bei einer glücklicheren Finanzlage als heute zweckmäßig erschien, ihr Kapital erheblich zu erhöhen. Zurzeit ist eine solche Erhöhung nicht möglich. Die Staatsbank glaubt sich aber stark genug, den Versuch zu machen zu können, auch ohne Erhöhung ihres Kapitals den an sie zu stellenden Ansprüchen gerecht zu werden und aus ihren Erträgen allmählich ein größeres Kapital anzusammeln. Sie befreit damit einen Weg, zu dem infolge der Verarmung unserer Volkswirtschaft auch zahlreiche Privatunternehmungen genötigt sein werden, die bisher gemacht waren, große Kapitalien aus dem Publikum an sich heranzuziehen. Voraussetzung für das Vorgehen der Staatsbank ist allerdings, daß der preussische Staat ihr in den nächsten Jahren den Geschäftsgewinn beläßt. (Das preussische Finanzministerium hat dem zugestimmt.) Der allmähliche Wiederaufbau aus Ersparnissen muß das Ziel der Geschäftstätigkeit der nächsten Zeit sein.“

Die Wirtschaftslage im Juni.

Für die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft ergibt sich aus den Berichten der Handelskammern folgendes Bild:

Die Wirtschaftslage im Monat Juni stand weiter unter dem Druck einer außerordentlichen Kapital- und Kreditnot. Sie führte einerseits zu Betriebs Einschränkungen, Stilllegungen, zur Unordnung der Geschäftsaufsicht in zahlreichen Fällen und zu Konkursen. Andererseits veranlaßte sie eine weitgehende Veräußerung von Warenbeständen und eine fühlbare Senkung der Preise, womit eine Erleichterung auf dem Geldmarkt hand in Hand ging. Die Lage im Ruhrgebiet war besonders schlimm. Hier wirkten Mangelverträge, Zollgrenzen, Steuerdruck und Abschweifungszeiten zusammen, um die Wirtschaft immer mehr an den Rand des Abgrundes zu führen.

Lebhafte Bautätigkeit. Obwohl die Bautätigkeit heute noch weit hinter dem durch den Wohnungsmangel hervorgerufenen Bedarf zurückbleibt, läßt sich doch nicht verkennen, daß die Mietsteuerverpflichtungen der Neubautätigkeit stark angeregt haben. Nach den Aufstellungen der Fachzeitschrift „Die Bauwelt“ sind im Juni d. J. 1698 Wohnhausbauten und 449 andere Bauvorhaben einschl. gewerbliche Bauten bekannt geworden. Im Juni vorigen Jahres waren die entsprechenden Zahlen 741 bzw. 359, im Mai d. J. 1776 bzw. 996.

Butter oder Schlaglöhne. In letzter Zeit keitern die Butterpreise bedenklich. Am 1. Juli wurden von der Berliner Butternotierungskommission die neuen Butterpreise notiert. Für 1. Qualität zahlte man im Großhandel 160, für 2. Qualität 150 und für die 3. Qualität 130 Goldmark je Zentner. Die neuen Preise sind etwa um 8 M. pro Zentner gestiegen. Im Laufe von 10 Tagen ist bereits die Butter um 20 Goldmark teurer geworden. Der Grund für die ungenügende Zufuhr auf dem Markt ist mit darin zu finden, daß große Mengen von Rahm infolge der Freigabe der Herstellung von Schlaglöhne nicht zur Butterfabrikation verwendet und somit dem Bedarf entzogen werden. Jedenfalls wurde dieses Moment in Berichten vom östlichen Buttermarkt betont. Gleichzeitig sind die Preise für ausländische Butter in die Höhe gegangen. Die Freigabe der Schlaglöhneherstellung hat also bewirkt, daß auf diese Weise dem Luxusbedarf große Mengen hochwertiger Nährstoffe zugeführt werden, die an anderer Stelle fehlen. Die ohnehin zu teure Milch

und die Butter wird weiter veräußert. Die für die Volksernährung verantwortlichen Stellen sollten diesen Erscheinungen ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Der Kleinverkaufspreis für Brennspiritus in Literflaschen ist vom Branntweinmonopol mit Wirkung ab 3. Juli 1924 auf 0,45 Goldmark je Liter Raum ohne Glas (bisheriger Preis 0,60 Goldmark) herabgesetzt worden. Flaschenpfand 0,25 Goldmark. Es wird auch Brennspiritus ohne gleichzeitige Rückgabe leerer Flaschen abgegeben.

Der Sturz der dänischen Krone hat sich, wie uns aus Kopenhagen gemeldet wird, im Laufe der Woche fortgesetzt. Die Regierung lehnt aber das Ansuchen einzugreifen, ab, solange sich nicht ernstliche Schwierigkeiten im Zahlungswesen ergeben. Vor allem steht sie dem in der ganzen bürgerlichen Presse zum Ausdruck kommenden Verlangen nach Aufnahme eines neuen Darlehens in Amerika feind gegenüber. Die Bank unter Führung der Nationalbank, die in Dänemark die gleiche Handlungsfreiheit besitzt wie die deutsche Reichsbank nach der Neuordnung, verhandelt aber auf eigene Faust mit einem Vertreter der „National-City-Bank“, der sich in Kopenhagen aufhält. Eine Hauptursache der plötzlich starken Anforderungen ausländischer Valuta sieht man übrigens darin, daß ein großer Teil der dänischen Importeure, um sich vor Kursverlusten zu schützen, zur Barzahlung dem Ausland gegenüber übergegangen ist. — Mit der Forderung einer Valutaanleihe in keinem Zusammenhang steht die eben erfolgte Aufnahme einer Dollaranleihe von 5 Millionen Dollar. Diese Anleihe soll zur Verfügung Kopenhagens und der übrigen dänischen Städte stehen, die ihre während und nach dem Kriege in New York und London aufgenommenen Anleihen ab 1. Juli in Sterling und Dollar amortisieren müssen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! Parteifunktionäre!

Dienstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, findet im Mehrerevereins- haufe am Alexanderplatz eine allgemeine Funktionärenversammlung statt. Genosse Dr. Breitscheid, der jetzt von seiner Pariser Reise zurückgekehrt ist, wird uns über die deutsch-französische Verständigung berichten.

Wir ersuchen die Funktionäre, sich diesen Abend möglichst freizuhalten.

- 1. Kreis Wedding, Freitag, den 4. Juli (heute), erweiterte Kreisvorstands- schein an befannter Stelle. — Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde, Gruppe Köpenick, Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Schul- aula, Greifenhagenstr. 18, Elternabend, Freunde und Genossen sind herzlich eingeladen.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Die für Freitag angelegte Kreismitgliederversam- lung findet umhändelbar heute nicht statt. Tag und Lokal wird noch bekanntgegeben.
- 3. Kreis Reinickendorf. Arbeitermehlfahrt und Kinderhaus. Für die Kurst- teilnehmer Führung durch das Institut für Sozialwissenschaft. In den letzten 1400 Besuchern. Sonnabend nachm. 3 Uhr Treffpunkt bei- selbst. Interessierte Genossen und Genossinnen können teilnehmen.

Heute, Freitag, den 4. Juli:

Jungesportler, Gruppe Treptenau, 8 Uhr im Jugendheim, Offenbacher Str. 1a, Vortrag des Gen. Dr. Friedländer über: „Wirtschaftsformen.“

Frauenveranstaltungen heute Freitag:

19. WM. Frau Schatz, Götterdamm, abends 8 Uhr. Vortragsabend: „Reinhold der Welt.“

Morgen, Sonnabend, den 5. Juli:

19. WM. 7 1/2 Uhr bei Exner, Cothentstr. 3. Sitzung der Funktionäre und Elternabende.

Jungesportler, Gruppe Glien, Wanderung am Sonntag, den 8. Juli. Treff- punkt 7 1/2 Uhr am Schloßpark Bahnhof. Radfahrer bis 9 Uhr am Bahn- hof Exner.

Jugendveranstaltungen.

Wannendungen zum Ferienaufenthalt (für die Zeit nach dem 15. Juli) im Sandheim in Franzosenburg werden nach im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Et., Zimmer 11, entgegengenommen.

Wahlbezirk Köpenick, Morgen, Sonnabend, 7 Uhr abends, Be- greitungslehre des Wahlbezirks.

Abteilungsmittgliederversammlungen abends 7 Uhr:

Schöneberg II: Jugendheim, Schule, Frontenstr. 19. — Wedding: Jugend- heim, Schule, Röhrenstr. 14. — Köpenick I: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick II: Jugendheim, Schule, Götterdamm- str. 1. — Köpenick III: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick IV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick V: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick VI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick VII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick VIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick IX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick X: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XL: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick XLIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick L: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LVIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXX: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXXI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIII: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXIV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXV: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVI: Jugendheim, Schule, Götterdammstr. 1. — Köpenick LXXXXXXXVII: Jugendheim, Schule, G